



## **Niederschrift**

**über die**

### **Sitzung des Kreistages**

---

Sitzungsdatum: Montag, den 14.03.2011  
Beginn: 09:00 Uhr  
Ende: 11:00 Uhr  
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

**Anwesend waren:**

Landrat

Nuß, Eberhard

stellv. Landrat

Schäfer, Elisabeth

Joßberger, Ernst

Mitglieder der CSU Fraktion

Ländner, Manfred MdL

Brell, Hermann

Breunig, Anna

Brohm, Waldemar

Eberth, Thomas

Endres, Alfred

Feuerbach, Anita

Geulich, Robert

Gramlich, Edwin

Haase, Ulrike

Hügelschäffer, Karl

Jungbauer, Björn

Klopf, Günter

Klüpfel, Uwe

Konrad, Gaby

Kuhn, Barbara

Losert, Burkard

Meckelein, Karl

Rhein, Bernhard

Rudolf, Günter

Scheiner, Bruno

Schmidt, Martina

Schraud, Rosalinde

Wallrapp, Maria

Weidner, Winfried

Zorn, Matthias

Mitglieder der SPD Fraktion

Halbleib, Volkmar MdL

Gernert, Sibylle

Götz, Eberhard

Hesselbach, Eva-Maria

Kinzkofer, Rainer

Koch, Heinz

Linsnbreder, Eva

Mann, Wolfgang

Reuther, Marion

Ries, Sonja

Rüger, Otto

Schinagl, Ingrid

Schlereth, Bernhard

Stichler, Peter

Wesselowsky, Peter

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Trautner, Christoph  
Celina, Kerstin  
Heeg, Rita  
Heußner, Karen  
Keck, Andreas  
Pumpurs, Eva

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fuchs, Rainer  
Freiherr von Zobel, Heinrich  
Juks, Peter  
Kinzinger, Lioba  
Metzger, Alois  
Mühleck, Ludwig  
Oechsner, Annemarie  
Rost, Peter Dr.  
Rützel, Thomas  
Wild, Lothar

Mitglieder der REP

Seifert, Berthold  
Kienast, Ernst-Alfred

Mitglieder der ÖDP

Henneberger, Matthias  
Haas, Herbert

Mitglieder der FDP

Kuhl, Wolfgang  
Krämer, Steffen

Schritfführer/in

Münch, Alexandra

Außerdem anwesend:

1 Vertreter der Medien

vom Landratsamt:

Herr Künzig  
Herr Krug  
Herr Buchner  
Frau Dr. Hetzel  
Herr Pahlke  
Herr Horlemann  
Frau Will  
Herr Stumpf  
Herr Huppmann  
Herr Heinle  
Herr Pabst

Herr Hart  
Frau Schorno

vom Kommunalunternehmen:

Herr Dr. Schraml

**Entschuldigt:**

stellv. Landrat

Wolfshörndl, Stefan

Mitglieder der CSU Fraktion

Friedrich, Rainer  
Lehrieder, Paul MdB

Mitglieder der SPD Fraktion

Haupt-Kreutzer, Christine

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Rabenstein, Lothar

## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- |      |  |                             |
|------|--|-----------------------------|
| 1.   | Haushaltsplanung 2011  | <b>S 2/003/2011</b>         |
| 1.1. | Haushaltssatzung des Landkreises Würzburg mit Haushaltsplan und Stellenplan                                | <b>ZFB 2/007/2011</b>       |
| 2.   | Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2010 - 2014  | <b>ZFB 2/008/2011</b>       |
| 3.   | Main-Klinik MVZ - Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH  | <b>KU/001/2011</b>          |
| 4.   | Darlehen des Landkreises an verschiedene Gemeinden zur Finanzierung des Grunderwerbs für den Gaubahnradweg | <b>ZFB 2/004/2011</b>       |
| 5.   | Jugendhilfeplanung Teilplan Beratungsstellen<br>Vorberatung für den Kreistag                               | <b>FB 31a/002/2011</b>      |
| 6.   | Historische Weinbergs- und Streuobstlagen im mainfränkischen Muschelkalk                                   | <b>FB<br/>23/001/2011/1</b> |
| 7.   | Raumordnungsverfahren zum Neubau der B 26n   | <b>GB 2/002/2011</b>        |
| 8.   | Neubesetzung im Familienausschuss  | <b>FB 31a/004/2011</b>      |

**Landrat Eberhard Nuß** begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist und mit der Tagesordnung Einverständnis besteht.

Vor Einstieg in die Tagesordnung gratuliert er den Kreisrätinnen Karen Heußner und Eva Pumpurs sowie den Kreisräten Heinrich Freiherr von Zobel und Christoph Trautner nachträglich zum Geburtstag und Kreisrätin Eva Linsenbreder zum 20-jährigen Jubiläum als Bürgermeisterin.

		<b>Vorlage: S 2/003/2011</b>
	<b>Termin</b>	<b>TOP 1</b>
<b>Kreistag</b>	<b>14.03.2011</b>	<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

## **Haushaltsplanung 2011**

**Landrat Nuß** führt zum Haushaltsplan 2011 Folgendes aus:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,  
meine Damen und Herren,

in der Haushaltsrede des vergangenen Jahres habe ich aufgeführt, dass wir mit der Verabschiedung des Kreishaushaltes 2010 eine historische Besonderheit erleben, es ist nämlich der letzte Haushalt in kameraler Form im Landkreis Würzburg.

Ich hatte diese Prognose gewagt, weil ich wusste, dass wir - aufgrund der guten und umfangreichen Vorarbeiten der Verwaltung und der Politik - punktgenau zum 01.01.2011 einen Haushalt vorlegen werden, der nach den Regeln der kommunalen Doppik aufgestellt und abgewickelt wird.

Schon seit dem Jahreswechsel 2011 bucht der Landkreis Würzburg nach den Regeln der kommunalen Doppik und Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, liegt im Entwurf für das Haushaltsjahr 2011 der erste doppische Haushalt des Landkreises Würzburg vor.

Was jetzt noch fehlt, ist die Eröffnungsbilanz.

Diese wird derzeit in enger Zusammenarbeit mit unserem Beratungsunternehmen Rödl & Partner vorbereitet und erstellt.

Die Vermögensbewertung ist weitgehend abgeschlossen. In Bälde werden uns die Ergebnisse übergeben.

Sie werden geprüft und fließen dann in die Bilanz ein.

Ich gehe davon aus, dass die Eröffnungsbilanz dem Kreistag nach der Sommerpause vorgestellt werden kann.

Mir war es wichtig, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass wir uns auf dem Weg in die Doppik gegenseitig mitnehmen – Politik und Verwaltung.

Aus diesem Grund haben - neben hausinternen Seminaren - auch zwei Fortbildungsveranstaltungen für interessierte Kreisrätinnen und Kreisräte stattgefunden. Und diese sind auf großes Interesse gestoßen.

Daneben stand die Finanzverwaltung – wie seit Jahren üblich - den Fraktionen des Kreistages für ihre Haushaltsberatungen zur Verfügung.

Ich möchte mich auf diesem Wege auch in Ihrem Namen bei der gesamten Finanzverwaltung für ihren bisherigen Einsatz, den die Umstellung des Haushaltes auf die kommunale Doppik gefordert hat, ausdrücklich und ganz herzlich bedanken.

Der uns zur Beratung vorliegende doppische Haushaltsplan-Entwurf gliedert sich, wie gesetzlich vorgeschrieben,

- in den Ergebnisplan,
- den Finanzhaushalt,
- den Teilfinanzplan für die Investitionsmaßnahmen,
- die Teilhaushalte
- und den Haushaltsquerschnitt.

An die Stelle der früher gebräuchlichen Haushaltsstellen sind die Produktkonten getreten.

Der gesamte Produktenplan wurde Ihnen als pdf-Datei zugesandt.

Zum generellen Ausdruck eignet sich dieses insgesamt 874 Seiten starke Werk aus ökologischen und aus ökonomischen Gründen nicht mehr.

Mit Vorentwurf und beschlossener Version müssten fast 130.000 Seiten gedruckt werden und das kann niemand wollen.

Aus diesen verständlichen Gründen wurde Ihnen nur eine ausgewählte Produktübersicht beigefügt, die nach Ansicht der Verwaltung für die Beratungen des Haushaltes interessant sein könnte.

Die ausgewählten Produkte sind nur als Beispiel zu verstehen.

Wir sollten für den Haushalt 2012 gemeinsam darüber entscheiden, welche ausgewählten Produkte in den Plan aufgenommen werden sollen.

Meine Damen und Herren,  
ich weiß, dass Sie in Ihren Fraktionen den Haushaltsentwurf 2011 intensiv beraten haben. Ich erspare es mir deshalb, auf einzelne Zahlen einzugehen.

Lassen Sie mich stattdessen einige grundsätzliche Anmerkungen machen, zum Beispiel zur eingeplanten Kreisumlage mit einem Hebesatz von 46 %.

Das ist ja für uns Kreispolitiker immer einer der zentralen Punkte unserer Debatte.

Im vergangenen Jahr hätte man sicherlich über eine Reduzierung der Kreisumlage nachdenken können, vor allem auch wegen einer um einiges höheren Schlüsselzuweisung als erwartet.

Aber, wir standen damals noch mitten in der Wirtschafts- und Finanzkrise und niemand konnte auch nur im Ansatz prophezeien, wie sich diese Krise in den Folgejahren auswirkt.

Wir waren uns deshalb nach intensiver Beratung mehrheitlich einig,

- dass es in Anbetracht der Situation sinnvoller ist, die Kreisumlage im Haushaltsjahr 2010 stabil zu halten

- und alles daran zu setzen, dass auch im Haushaltsjahr 2011 der Hebesatz stabil bleibt.

Und letzteres war im Oktober 2010 auch meine Vorgabe an die Verwaltung, nämlich einen Haushalt 2011 zu planen, der folgendes beinhaltet:

- alle vom Kreistag und seinen Fachausschüssen vorgesehene Ausgaben,
- alle bereits beschlossenen und konkret ins Auge gefassten Investitionen,
  - ich erwähne nur beispielhaft die derzeit laufende umfangreiche Sanierung und den Bau der Sportstätten an der Realschule in Ochsenfurt
  - sowie die Schaffung von Büroflächen auf dem Gelände der Sparkasse Mainfranken in der Wittelsbacher Straße hier in Würzburg,
- und das bei gleichbleibender Kreisumlage von 46 %
- und - keine neuen Schulden!

Ein hoher Anspruch und dabei waren die Vorzeichen alles andere als günstig:

- Die Schlüsselzuweisungen vermindern sich um knapp 1,4 Mio. Euro.
- Der Ertrag der Kreisumlage sinkt bei gleichbleibendem Hebesatz um etwa 2,1 Mio. Euro,  
- wenn Sie sich erinnern: das war 2010 noch genau umgekehrt der Fall -.
- Die Bezirksumlage steigt in diesem Jahr trotz sinkender Umlagekraft wegen der Erhöhung des Hebesatzes um 2,1 Mio. Euro.

Dass diese Mehrbelastung von über fünf Millionen Euro im Haushalt 2011 geschultert werden konnte, verdanken wir – aus meiner Sicht - nicht zuletzt auch der Tatsache, dass die Kreisumlage im vergangenen Jahr nicht gesenkt worden ist.

Aus dem Finanzplan, der Ihnen vorliegt, ergibt sich, dass bei einem gleichbleibenden Hebesatz von 46 %-Punkten erst im Haushaltsjahr 2014 zur Finanzierung der Investitionen wieder mit einer Kreditaufnahme zu rechnen ist.

Bis dahin sollten wir ein zartes Pflänzlein, das wir 2006 eingepflanzt haben, sorgsam pflegen und das Pflänzlein heißt Schuldenabbau.

Seit dem Haushaltsjahr 2006 baut der Landkreis kontinuierlich seine Schulden ab. Die Grafik auf der vorletzten Seite des Haushaltsplanes macht diese Entwicklung auch optisch deutlich.

Meine Damen und Herren, die Aufgaben eines Landkreises sind, wie Sie wissen, vielfältig.

Selbstverständlich muss das gesamte Spektrum der Pflichtaufgaben vom staatlichen Verwaltungsbereich bis hin zur sozialen Absicherung von einem Landkreis bedient werden.

Hierüber müssen wir nicht große Worte verlieren.

Sowohl im Bereich der Jugendhilfe wie im Bereich der sozialen Absicherung - hier insbesondere durch die Option nach dem SGB II –

leistet der Landkreis Würzburg hervorragende Arbeit und die hierzu benötigten Mittel sind, wie von den Fachausschüssen vorgeschlagen, auch in diesem Haushalt vorgesehen.

Bei seinen übrigen Aufgaben muss der Landkreis Schwerpunkte setzen, und wir als Kreisrätinnen und Kreisräte setzen seit Jahren diese Schwerpunkte auch vor allem in den Bereichen:

- Schulen und Bildung,
- sowie Förderung und Ausbau der Senioreneinrichtungen.

Also genau im empfindlichen Bereich von Menschen, denen man helfen muss und die gewöhnlich nicht über die größte Lobby in unserer Gesellschaft verfügen.

Als dritten Schwerpunkt darf man für den Bereich des Landkreises mit gutem Gewissen auch das Thema ÖPNV bezeichnen.

Auch hier sind wir in der Gesamtheit des Kreistags dabei, wenn es darum geht, Verbesserungen für unsere Bürgerinnen und Bürger durchzusetzen.

Im Bereich der Bildung, insbesondere im weiten Feld der weiterführenden Schulen, hat dieser Kreistag Meilensteine gesetzt

- beim Bau des Landkreis-Gymnasiums in Veitshöchheim,
- beim Aus- und Umbau des Berufsbildungszentrums Ochsenfurt zu einem modernen Kompetenzzentrum im Bereich der beruflichen Bildung,
- bei der Generalsanierung des Deutschhaus-Gymnasiums,
- bei der Sanierung und dem Anbau der Realschule Höchberg,
- bei der Erweiterung und Generalsanierung der Realschule Ochsenfurt mit Sport- und Schwimmhalle.

Für diese Maßnahmen hat der Landkreis Würzburg im Laufe der vergangenen Jahre Millionenbeträge zur Verfügung gestellt und wird dies auch in naher Zukunft so fortsetzen.

Die laufende Sanierungsmaßnahme der Realschule am Mairdreieck in Ochsenfurt wird uns am Ende allein mehr als 20 Mio. Euro kosten. Das ist sinnvoll angelegtes Geld, meine Damen und Herren.

Die Schullandschaft im Landkreis Würzburg im Bereich der von uns getragenen weiterführenden Schulen hält höchsten Qualitätsansprüchen stand und darf,

- was den baulichen Zustand,
- aber auch die Ausstattung angeht,

als hervorragend und beispielhaft bezeichnet werden.

Das ist ein Ergebnis unserer eigenen Überzeugung, auf das wir alle zu Recht stolz sein können.

Man darf nicht nur „ja“ zur Bildung sagen, man muss dort, wo man in der Pflicht ist, auch das seinige dazu beitragen.

Wir gehen als Kreistag sogar noch über unsere Pflichtaufgaben hinaus.

Mit unserem kürzlich gefassten Beschluss, am Deutschhaus-Gymnasium die gebundene Ganztagschule auf den Weg zu bringen, tragen wir modernen Anforderungen an Schule und Lernen Rechnung.

Selbstverständlich sind Angebote wie die offene Ganztagschule an den Landkreisschulen bereits vorhanden.

Wir vergessen auch die Kleinsten der Gesellschaft nicht.  
Nach dem Abschluss der Sanierungsarbeiten für die Realschulen werden wir uns den Förderschulen zuwenden.

Als klares Signal in diese Richtung wurde im Finanzplan für das Jahr 2014 für die Sanierung der Förderschulen ein Betrag in Höhe von 2 Mio. Euro zur Anfinanzierung aufgenommen.

Den zweiten Schwerpunkt bilden die Senioreneinrichtungen.

Seniorenpolitik betreibt der Landkreis über seine Gesellschaft „Senioreneinrichtungen des Landkreises Würzburg gGmbH“.

Unter ihren Fittichen wird zum Beispiel das Flaggschiff dieser GmbH, die Seniorenwohnanlage am Hubland,

- ständig ausgebaut,
- neuen Anforderungen, wie zum Beispiel der Pflege von Demenzerkrankten, angepasst
- und laufend modernisiert.

Die laufenden Wirtschaftspläne stellen das auf Dauer sicher.  
Um eine flächendeckende Versorgung mit Senioreneinrichtungen sicherzustellen, werden neue Einrichtungen in Eibelstadt, Estenfeld und Kürnach errichtet.

Die bestehenden Einrichtungen in Ochsenfurt und Aub werden komplett erneuert und der Bestand der Einrichtungen in Rimpfing und an der Main-Klinik (CURVITA) wird gesichert.

Es ist das Bestreben des Landkreises Würzburg, sowohl dem Bildungsauftrag durch moderne Schulen wie auch dem Fürsorgeauftrag für seine älteren Mitbürger durch modernste Senioreneinrichtungen gerecht zu werden.

Dies ist dem Landkreis und seinen Einrichtungen, wie ich glaube, auch durch große finanzielle Anstrengungen sehr gut gelungen.

Der dritte Schwerpunkt, von dem ich gesprochen habe, ist der öffentliche Personennahverkehr.

Hier bedient sich der Landkreis Würzburg seines Kommunalunternehmens, auf welches diese Aufgabe übertragen wurde.

Aufbauend auf die Leistungen unserer Vorgänger, kann es sich der Landkreis Würzburg auf die Fahne schreiben,

- dass er überall dort, wo es bislang sinnvoll, von den Konzessionen her und auch finanziell machbar war, Taktverkehre eingeführt,
- und daneben das Verbundgebiet Schritt für Schritt erweitert hat.

Als nächstes brauchen wir, da sind wir uns alle einig, den Taktverkehr nach Giebelstadt und in diesem Zusammenhang eine spürbare Verbesserung der Situation für die Bürgerinnen und Bürger im südlichen Landkreis Würzburg.

Die Kolleginnen und Kollegen im Verwaltungsrat des KU's wissen das und der Vorstand, Herr Dr. Schraml, kennt meinen persönlichen Wunsch. Ich denke wir werden gemeinsam in den nächsten Monaten die notwendige Weichenstellung vornehmen.

In der Verbunderweiterung kommen wir voran:

Die Verbunderweiterung mit dem Landkreis Kitzingen ist seit dem 01.02.2009 abgeschlossen.

Die Verhandlungen mit dem Landkreis Main-Spessart sind weit gediehen. Alles, was wir seitens der NWM tun konnten, haben wir getan.  
Wir warten jetzt auf die notwendigen Gremienbeschlüsse unserer Kreistagskollegen im Nachbarlandkreis.

Als nächstes großes Ziel – und sicherlich auch als schwierigster Teil der Aufgabe - verbleibt der Bereich Schweinfurt.  
Aber auch da laufen Verhandlungen mit Stadt und Landkreis auf höchster Ebene und aufgrund unseres Antrags nun auch in der neuen Region Mainfranken GmbH.

Meine Damen und Herren,  
ich glaube, ich darf in unser aller Namen sagen:

der Kreistag des Landkreises Würzburg macht  
– unter erheblichen finanziellen Kraftanstrengungen –  
eine nachhaltige Politik zugunsten seiner Bürgerinnen und Bürger aller Generationen.

Ein Teil der Nachhaltigkeit ist sicher auch die Umstellung auf das doppelte Rechnungswesen, weil dieses System dem Gedanken von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit am nächsten kommt.

Auch der Abbau der Verschuldung ist beim Landkreis Würzburg Ausdruck einer auf Nachhaltigkeit angelegten Finanzpolitik,  
und das sind wir den künftigen Generationen schuldig.

Wir müssen dafür sorgen, dass auch unsere Nachfolger noch finanzielle Spielräume für die Gestaltung des Landkreises Würzburg haben!

Ich lege auch großen Wert auf die Feststellung, meine Damen und Herren, dass die Entschuldung des Landkreises nicht auf dem Rücken der Gemeinden geschieht.

Ich habe mir im Oktober letzten Jahres, als es für mich an die Vorbereitung des Haushalts 2011 ging, als erstes die Zahlen der Gemeinden geben lassen.

Und siehe da:

die Gemeinden haben parallel zum Landkreis, auch vom Jahr 2006 an, konsequent Schulden abgebaut.

Der Gesamtschuldenstand der Landkreisgemeinden betrug zum 31.12.2005 knapp 77,7 Mio. Euro und hat sich zum 31.12.2009 auf 60,5 Mio. Euro eingependelt.

Dies zeigt, dass die Entschuldung des Landkreises mit einer Entschuldung der Landkreisgemeinden einher ging.

Die Entschuldung der Gemeinden erfolgte sogar ungefähr im gleichen Prozentsatz wie beim Landkreis.

Im Jahr 2010 hat sich der Schuldenstand einzelner Gemeinden wieder leicht erhöht.

Das liegt daran, dass sich diese Gemeinden, die am Konjunkturpaket II teilnehmen konnten, innerhalb eines Jahres das Geld für ihre Eigenanteile besorgen mussten.

Die Ziele für die nächsten Jahre sind für mich klar definiert:

Neben dem Schuldenabbau wird die Verwaltung mit dem Landrat an der Spitze alles dafür tun, den Kreisumlagehebesatz möglichst lange stabil zu halten,

- um den Gemeinden Planungssicherheit zu geben,
- und um auch diesen eine nachhaltige Haushaltspolitik zu ermöglichen.

Ein Ergebnis der Verhandlungen über die Höhe des Hartz IV-Regelsatzes und die Einführung des Bildungs- und Teilhabepaketes ist die Aussage, dass der Bund in den kommenden Jahren schrittweise die bisher von den Kommunen getragenen Kosten für die Grundsicherung gemäß den Vorschriften des SGB XII übernimmt.

Ziel dieser Kostenübernahme ist eine Entlastung der Kommunen, wobei ich unter Kommunen ganz selbstverständlich

- den Landkreis
- und die Gemeinden verstehe.

In der Fraktionssprecherrunde am vergangenen Donnerstag waren wir einhellig der Meinung, dass im Laufe des Jahres darüber zu diskutieren sein wird, inwieweit diese Entlastung zu einer Reduzierung des Kreisumlagehebesatzes führen kann, um die durch den Bund gewonnene Entlastung auch an die Gemeinden weiterzugeben.

Wir sind Partner in der Kommunalpolitik und wir – Landkreis und Gemeinden - sollten uns immer wieder gegenseitig die notwendigen Handlungsspielräume absichern.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,  
mit diesen Ausführungen will ich es für den Haushalt 2011 bewenden lassen.

Lassen Sie uns auf dem eingeschlagenen Weg weiter gehen:  
Schuldenabbau bei gleichzeitiger Sicherstellung der Investitionen über eine stabile  
Kreisumlage.

Ich bin mir sicher, dass wir den Landkreis Würzburg so in eine gute und sichere Zu-  
kunft führen können.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

**Kreisrat Ländner, MdL**, nimmt für die CSU-Kreistagsfraktion zum Haushaltsplan 2011 wie folgt Stellung:

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

die Verabschiedung des Haushaltes ist auch in diesem Jahr eine Herausforderung, die durchaus auch Freude bereitet. Beim Nachlesen meiner Ausführungen, die ich in den letzten Jahren zum Haushalt machen durfte, ist zu erkennen, dass der Optimismus in Bezug auf unsere Kreisfinanzen von Jahr zu Jahr zugenommen hat. Auch in diesem Jahr darf ich feststellen, der vorgelegte Entwurf lässt weiterhin Optimismus zu.

Zwei entscheidende Faktoren hierfür darf ich herausgreifen:

Zum einen können wir alle beschlossenen Investitionen, vor allem in unsere Schulen, fortsetzen und gesichert finanzieren. Darüber hinaus sind Mittel für möglicherweise erforderliche Maßnahmen zum Erhalt der Dienststelle Ochsenfurt im Haushalt enthalten, ebenso mögliche notwendige Mittel für die Absicht das Landratsamtsgelände zu erweitern.

Zum anderen kommt dieser Haushalt ohne Neuverschuldung aus, im Gegenteil, wir können noch Schulden abbauen. Eine erfreuliche Entwicklung, die sich auch in den Finanzplanjahren fortsetzt, lediglich am Ende des Finanzplanungszeitraumes 2014 ein kleines Häkchen nach oben macht. Dieses Häkchen in Höhe von 450.000 Euro will ich jedoch nicht überbewerten, es dürfte nicht zuletzt der Systematik der Finanzplanung geschuldet sein.

Diese positive Entwicklung unseres Kreishaushaltes hat natürlich auch Ihre Ursachen. Ursachen, die sicher in der hochqualifizierten Arbeit des Kreistages, des Landrates und der Verwaltung Grund gelegt sind. Aber durchaus auch darauf gründen, dass die staatlichen Schlüsselzuweisungen trotz kleinerem Rückgang, wir kennen die Effekte aus den Steuereinnahmen, sich nach wie vor auf hohem Niveau befinden, dass wir eine ansehnliche Anzahl von Landkreisgemeinden haben, die als wirtschaftsstark bezeichnet werden können und dass wir seit Jahren auch auf Ausgabendisziplin achten.

Ausgabendisziplin ist wichtig. Ich darf mir jedoch erlauben, einen anderen Punkt konkret anzusprechen, nämlich: Einnahmendisziplin.

Wir hatten 2009 den Hebesatz der Kreisumlage auf 46 Prozentpunkte gesenkt. Es war richtig, wenn auch vor zwei Jahren diese Senkung nicht ohne einen gewissen leichten Restschmerz bei einigen Kolleginnen und Kollegen beschlossen wurde.

Ich hatte damals festgestellt, dass wir die Senkung auf 46 Prozentpunkte auch deshalb mittragen, da dieser Hebesatz in die Finanzplanung eingestellt wurde und dadurch die Gemeinden für die nächsten Jahre Planungssicherheit bekommen.

Dieses ausgedrückte Ansinnen „Fixierung der Kreisumlage auf 46 %“ haben wir im vergangenen Jahr fortgesetzt, durchaus wieder nach intensiven Diskussionen und auch wieder mit gewissen Bauchgrimmen bei einigen Kolleginnen und Kollegen. Grund für die Beibehaltung des Hebesatzes war nicht Beharrungswilligkeit, sondern die Absicht, die Kreisumlage zu einer verlässlichen Größe, auch für die Kämmerer der Gemeinden werden zu lassen. Nicht zuletzt als Zeichen für Nachhaltigkeit der Finanzplanung.

Es zeigt sich, dass die damals diskutierte und letztendlich auch beschlossene Kontinuität in der Kreisumlage dem Haushalt 2011 hilft. Das strukturelle Defizit des Haushaltes 2011 in Höhe von rund 5 Millionen Euro kann durch die guten Einnahmezahlen aus 2010 aufgefangen werden, so dass 2011 über eine Erhöhung der Kreisumlage nicht einmal peripher nachgedacht werden muss.

Ich erinnere, dass 2010 die Erhöhung der Bezirksumlage und der Rückgang der Schlüsselzuweisungen bereits prognostiziert werden konnten.

Wir werden -und da können Sie uns beim Wort nehmen- auch nicht sofort wieder die Kreisumlage erhöhen, sollte der finanzpolitische Wind einmal härter pfeifen.

Der Kreis ist bei der Festsetzung der Kreisumlage weder „Ausbeuter“ noch „Segenspender“. Die Kreisumlage ist ein Beitrag der Gemeinden zur Erfüllung von Aufgaben für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises. Die Stabilität in dieser Kernfrage „Höhe der Kreisumlage“ hat sowohl für die Gemeindehaushalte, als auch für den Landkreishaushalt nachhaltige Bedeutung und Berechtigung.

Ich stelle fest, dass sich diese Stabilität auch in der heute zu beschließenden Finanzplanung widerspiegelt. Gerne wiederhole ich meine Aussage von gerade eben, dass wir auch in den kommenden Jahren größten Wert auf die Stabilität der Kreisumlage legen werden.

Ich darf einfügen, dass natürlich die beschlossenen Beteiligungen der Bundesregierung zu den Sozialkosten in unsere Beratungen mit einfließen werden und dass wir dann, wenn wir Ergebnisse haben, diese zusätzlichen Einnahmen bzw. weniger an Ausgaben natürlich auch verantwortungsbewusst und jeweils zutreffend und betreffend für Kommunen und Landkreise umsetzen werden - ein Sondereffekt, der mit dieser Kontinuität der 46 % Kreisumlage für mich nichts zu tun hat, sondern ein Eigenleben führt, das wir an großer Übereinstimmung und auch an großer Zuneigung zu den Kommunen abarbeiten werden.

Lassen Sie mich auf zwei Wünsche der CSU-Fraktion kurz eingehen. In unserer Klausurtagung am 11. und 12. Februar haben wir uns intensiv mit der Frage der Jugendsozialarbeit an Grundschulen beschäftigt. Einige Schulen aus dem Landkreis haben Bedarf, erfüllen jedoch nicht die Voraussetzungen für staatliche Förderung. Wir haben in unserer Fraktion beschlossen, die Frage der Jugendsozialarbeit an Grundschulen heute einzubringen, mit dem Antrag, dass der Landkreis den staatlichen Anteil von 40% übernimmt. Dieses Anliegen war offensichtlich allen Fraktionen so wichtig, dass bereits vor der heutigen Haushaltssitzung, der Kreisausschuss am 21. Februar beschlossen hat, so zu verfahren. Herzlichen Dank allen Kolleginnen und Kollegen des Kreisausschusses für die schnelle Umsetzung, die es möglich gemacht hat, dass wir – wir legen größten Wert darauf - bereits im neuen Schuljahr auf diese Bezuschussung bei Bedarf zurückgreifen können.

Ein zweiter Wunsch ist die Aufstockung der freiwilligen Leistungen im Bereich der Kulturförderung des Landkreises und der Förderung junger Menschen im Bereich des Sports, in Kapellen und Chören. Wir haben ja einen neuen Ausschuss gegründet, der sich mit diesen wichtigen Fragen beschäftigt. Wir wollen daher ausdrücklich diesen Ausschuss mit der Überprüfung und der Bitte um einen Vorschlag um Erhöhung beauftragen, um die Ergebnisse dann im Haushalt 2012 umzusetzen.

Beim Gespräch im Kreis der Fraktionsvorsitzenden und in einer anschließenden Fraktions-sitzung der CSU haben wir konstruktiv auch die Vorschläge der SPD Kreistagsfraktion zum Haushalt 2011 diskutiert. Ich freue mich, dass wir zum Ergebnis gekommen sind, den Finanzplan aktuell nicht zu ändern. Wir stehen aber hinter dem Vorschlag, dem Kommunalunternehmen und seinen Gremien den Arbeitsauftrag zu geben, sich in diesem Jahr intensiv mit der Verbesserung des ÖPNV im Landkreis, vor allem in den stadtfürneren Gemeinden zu beschäftigen und Vorschläge zu unterbreiten. Vorschläge basierend auf eine Finanzierungssumme von rund 2 Prozent des Kreishaushaltes. Diese 2 Prozent sind ja seit Jahren im Kreistag akzeptiert.

Des Weiteren soll sich Verwaltung und Politik mit dem Vorschlag der Gründung einer Landkreisstiftung beschäftigen. Als Grundstock könnte die im Haushalt veranschlagte Rückerstattung vom MHKW in Höhe von 980.000 Euro sein. Dieser Betrag soll jedoch bis zum Abschluss der Überlegungen zur Stiftungsgründung im Haushalt bleiben.

Mit einer Bezuschussung der Bahnhofsmission und der Wärmestube von insgesamt 10.000 Euro besteht Einverständnis aus Überzeugung, auch wenn wir wissen, dass dieser Zuschuss in den nächsten Jahren vermutlich Fortsetzung finden wird – und das dann auch aus Überzeugung.

Ich darf nach diesen kurzen Ausführungen zum Haushalt ein aufrichtiges Wort des Dankes an die Verwaltung richten. Dank Ihnen, Herr Landrat, Dank Herrn Krug, Herrn Künzig und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die nicht nur gewohnt professionell die Fraktionen bei ihren Beratungen fachlich begleitet haben, sondern die in den letzten Monaten eine historische Aufgabe bewältigen mussten.

Das erste Mal wurde der Landkreishaushalt nach den Vorschriften der KommHV-Doppik aufgestellt. Der doppische Haushalt bringt für den Franken nicht nur Probleme der Aussprache mit sich.

Es ist ein gänzlich neues Haushaltssystem, mit dem auch wir Kreisrätinnen und Kreisräte erst lernen müssen zu arbeiten.

Herzlichen Dank an Sie Herr Landrat und Ihre Mannschaft, die uns bei der Näherung an diesen doppischen Haushalt hervorragend begleitet und jederzeit für Fragen oder Hilfestellungen offen waren.

Die Diskussionen im Vorfeld der heutigen Sitzung waren, auch parteiübergreifend intensiv, an der Sache orientiert, unspektakulär und vielleicht auch gerade deshalb fruchtbar und ziel führend.

Dieser Kreistag und das meine ich wiederum parteiübergreifend, die Arbeit unseres Landrates, der Verwaltung und nicht zuletzt unser gut aufgestelltes und hervorragend geführtes KU tragen mit dazu bei, dass wir im Landkreis Würzburg gut gerüstet positiv nach vorne schauen können.

Der Kreishaushalt des Jahres 2011 ist, nicht nur aufgrund seiner doppischen Ausrichtung, sondern insbesondere wegen seiner Inhalte ein Meilenstein und ein Zeichen für die Zukunft unseres Landkreises. Eine Zukunft, an der wir auch weiterhin mit großer Gemeinsamkeit, wenn auch oftmals bei unterschiedlicher Meinung aber immer wieder am Ziel ausgerichtet, für die Menschen unseres Landkreises arbeiten, um das Beste zu erreichen.

Ich bedanke mich recht herzlich. Wir werden dem Haushalt in der vorgelegten Form mit den angesprochenen Details in der Änderung zustimmen.

Herzlichen Dank.

**Kreisrat Halbleib, MdL**, nimmt für die SPD-Kreistagsfraktion zum Haushaltsplan 2011 wie folgt Stellung:

Herr Landrat,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

es ist nicht üblich, dass ich meine Redebeiträge mit einem Dank beginne, insbesondere für die Arbeit des Herrn Landrat und auch seiner Kämmerei, insbesondere die Arbeit von Herrn Krug und Herrn Künzig und dem Team, das auch dahintersteht. Ich kann durchaus abschätzen, dass das ein Kraftakt ist, diesen Kreishaushalt auf neuer Grundlage vorzulegen, als doppischen Haushalt mit alledem was damit verbunden ist. Die Arbeit ist noch nicht zu Ende, weil wir die Eröffnungsbilanz noch vor uns haben, aber ich glaube das Zwischenergebnis kann sich durchaus sehen lassen und ich glaube auch der gemeinschaftliche Weg, auf den wir uns begeben haben, kann sich sehen lassen, denn es ist geben und nehmen, ein lernen wechselseitig zwischen Verwaltung und Kreistag, weil wir schon Wert darauf legen müssen, das ist ein ganz wichtiger Punkt, dass der Haushalt nach der doppischen Buchführung Information und Entscheidungskompetenz des Kreistages nicht verschlechtert, sondern nach unseren Vorstellung noch verbessern soll. Wir müssen den neuen Haushalt immer wieder auch lesen und verstehbar machen, ich glaube da sind erste Dinge auf den Weg gebracht worden, an die man anknüpfen kann und wir stellen auch fest - und das haben wir im Haushaltsberatungen vertieft auch diskutieren können – dass die Produktkonten natürlich zentrale Bedeutung haben. Sie haben es selbst angesprochen, Herr Landrat, aber ich denke, wir werden einen vernünftigen Weg finden, dass der Kreistag, wenn er konkrete Leistungen in bestimmten Bereichen verbessern will, auch dann konkret auf Produktkonten heruntergebrochen, Finanzmittel dafür bereitstellen kann und soll. Insofern denke ich, kann die Zwischenbilanz durchaus positiv ausfallen, weil auch die Kämmerei und Sie, Herr Landrat, deutlich gemacht haben, dass sie auf die Anregungen des Kreistages und zielführende Hinweise entsprechend reagieren. Der Kreishaushalt 2011 und die Finanzplanung für die nächsten Jahre stehen unter sehr guten Rahmenbedingungen. Wir haben die wirtschafts- und finanzpolitischen Rahmenbedingungen auf Bundesebene, Konjunktorentwicklung, das alles trägt dazu bei, dass wir relativ gelassen im Augenblick über den Kreishaushalt diskutieren können. Ich glaube auch, dass die Politik insgesamt und da darf ich parteiübergreifend an Kollege Ländner anknüpfen, durchaus zufrieden sein kann, wie Deutschland aber auch Bayern und natürlich auch der Landkreis Würzburg durch diese Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen ist, durchaus mit vielen Aspekten, die wir als Partei und Fraktion eingebracht haben, was die Kurzarbeit anbetrifft, was die Investitionsprogramme anbetrifft. Ich glaube, wir können uns insgesamt hier sehen lassen, die finanzpolitischen Rahmenbedingungen sind von daher gut, so dass wir daran anknüpfen können.

Einen zweiten Punkt darf ich ansprechen, auch wenn er nicht zum Kernbereich des Kreishaushaltes gehört, aber zu unseren Finanzierungsgrundlagen. Es ist in diesem Jahr gelungen - und der Angriff war in diesem Jahr so heftig wie noch nie - die Gewerbesteuer auf Bundesebene zu erhalten. Ein ganz wichtiger zentraler Punkt, wie gesagt, der Angriff war auch über die Gemeindefinanzkommission deutlich gewesen, es war Spitz auf Knopf gestanden und wir können schon dankbar sein, dass die Kraft der kommunalen Spitzenverbände auch unterstützt aus der Politik - die Haltung der SPD war auch immer glasklar - dazu geführt hat, dass wir kein Durcheinander bei den Kommunalfinzen bekommen sondern Gewerbesteuer als eine maßgebliche kommunale Steuer erhalten bleibt. Alles andere hätte das Gefüge der Kommunalfinzen durcheinandergebracht, zwischen Landkreis und Stadt, zwischen den kreisangehörigen Gemeinden und dem Landkreis und im übrigen auch die Verteilung der Steuerlast zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern. Auch der diskutierte Vermittlungsausschuss auf Bundesebene hat sich für die Kommunen bezahlt gemacht, ich glaube es war wirklich lohnenswert, es war keine einfache Sache auch in der Vermittlung gegenüber der Bürgerschaft, aber ich glaube der Kampf hat sich da gelohnt, es ist eine wirk-

lich signifikante Entlastung der Kommunen bei der Grundsicherung im Alter und für Erwerbsgeminderte herausgekommen, jährlich zwar über 4 Milliarden auf Bundesebene, macht auch für den Landkreis eine Entlastung Pi mal Daumen von etwa 2 Millionen Euro aus in der Endstufe – und das ist schon ein Wort. Ich glaube auch, dass das Bildungspaket, da sind wir ja als Träger der Sozialhilfe und auch der Option besonders sensibilisiert, dass das Bildungspaket für Kinder aus sozialschwachen Familien sich sehen lassen kann. Im übrigen der Adressatenkreis der ausgeweitet werden konnte, um vor allem die Umsetzung mit großer kommunaler Eigenständigkeit statt dem Aufbau eigener Verwaltungsstrukturen zu ermöglichen. Ich glaube auch das ist ein guter Ausgangspunkt, ich darf hinzufügen und das schlägt bei uns auch auf im Bereich der Zuzahler oder der Zuzahlung der Aufstockung für Arbeitslose, dass der Mindestlohn für etwa 1,2 Mio. Arbeitnehmer zusätzlich vereinbart werden konnte. Auch das ist im Landkreis wichtig, weil auch diejenigen, die 40 Stunden arbeiten, dann anschließend bei uns auf der Matte stehen und – obwohl sie voll arbeiten – dann noch Aufstockung durch das Sozialamt brauchen. Es ist zumindest ein gewisser Rahmen, der verhindert, dass dies in Zukunft noch häufig passiert, wie wir es haben. Ich hätte mir auch gewünscht, dass die Bewegung, die auf Bundesebene da ist auch von Seiten des Freistaates Bayern aufgenommen wurde. Ich will nicht allzu viel dazu sagen, aber drei Punkte sind mir schon wichtig, wo ich glaube, dass der Freistaat Bayern - und das wird uns im Landtag, lieber Manfred Ländner, auch passen, die Grundlage der Kommune verbessern sollte. Das ist der allgemeine Steuerverbund, der immer noch sehr niedrig ist in Bayern, es ist insbesondere die Übernahme der Schülerbeförderungskosten, wo wir immer noch darauf warten, dass der ursprüngliche Zustand von 80 % wieder aufgegriffen wird und es ist, und das schlägt sich auch im Kreishaushalt jedes Jahr nieder, eine höhere Unterstützung der Bezirke bei den zunehmenden sozialen Verpflichtungen. Auch da stehen noch große Diskussionen vor uns, aber ich glaube es ist wichtig, auch von dieser Stelle aus das deutlich zu machen. Ein zentraler Punkt, der uns als Landkreis auch betrifft ist da beispielsweise, und das muss man ansprechen, auch die Übernahme der Lehrpersonalkosten der Stadt Würzburg, weil wir als Landkreis auch über erhöhte Gastschulbeiträge knapp 2 Mio. zusätzlich bezahlen, als wenn der Freistaat Bayern die Lehrpersonalkosten übernehmen würde. Es sind die Zahlen, die insgesamt unterm Strich, die Beratung des Kreishaushaltes gleichwohl leicht machen. Wir bekennen uns auch, ja von Seiten der SPD-Fraktion zu den Investitionsschwerpunkten, dieser Kreishaushalt 2011 das kann man wirklich mit gutem Recht sagen, ist ein Investitionshaushalt mit etwa 17,5 Mio., Eigenmitteln des Landkreises schon abgezogen, die staatliche Förderung und die Schwerpunkte sind nach unserer Auffassung richtig gesetzt, das bezieht auch die Investition des Kommunalunternehmens ein, mit den Schulen, Realschule Höchberg, Realschule Ochsenfurt, auch die Sportstätten beim Deutschhaus-Gymnasium. Wir haben auch festgelegt, dass wir uns mit Finanzplanung nach den Realschulen auch dann mit den Förderschulen und der Generalsanierung in den Förderschulen mit baulichen Maßnahmen befassen müssen. Ich glaube es ist ein guter Schritt, dass wir in Ochsenfurt an der Main-Klinik den Verwaltungsbau beginnen konnten, dass wir die Pflegeeinrichtungen, die der Landrat genannt hat, auf den Weg bringen und dass wir bei den Kreisstraßen auch ein Stück weit vernünftiger mit unseren Kreisstraßen umgehen, wie vielleicht der Freistaat Bayern mit mancher Staatsstraße. Wenn ich den Kollegen Friedrich von Ochsenfurt sehe und auch den Kollegen Rhein, die vor kurzem eine bestimmte Staatsstraße ins Auge genommen haben, dann {das ist schon lange geklärt (Einwurf Landrat Nuß)}, ja, freut mich sehr, dass man das klären kann, gleichwohl ist mir aber die Erkenntnis wichtig, dass wir auf allen Kreisstraßen nicht das machen, was der Freistaat Bayern derzeit macht. Freue mich auch Herr Landrat, da haben wir über Bande gut zusammengespielt, dass wir das Radwegeausbauprogramm fortsetzen können, ich glaube das ist ein wichtiger Akzent des Landkreises, wenn auch nicht der größte, aber ein wichtiger. Wir werden noch diskutieren müssen, die Unterbringung des Gesundheitsamtes, wir wissen nicht wie das läuft, das wird die offene Baustelle von Diskussionen im Laufe des Jahres sein, was die Investitionen anbetrifft, aber ich glaube, auch da werden wir eine Lösung finden.

Einige Schwerpunkte aus Sicht der SPD-Fraktion für diesen Haushalt und auch für die nächsten Haushaltsjahre. Wir wollen ganz klar den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder und Jugendliche an den Schulen des Landkreises. Die Ganztagesklasse am Deutschhaus-Gymnasium ist ein wichtiger Punkt. Vor wenigen Jahren noch wären wir – wenn wir unsere damals schon erhobenen Forderung von Ganztagesklassen an weiterführenden Schulen des Landkreises hier erhoben hätte, noch wahrscheinlich massiv angegriffen worden. Die Diskussion hat sich Gott sei Dank auch wieder gelegt und wir sind froh, dass wir jetzt den Punkt erreicht haben, wo das Allmählichste verständlich wird. Unsere Auffassung ist die, dass wir Ganztagesklassen an allen weiterführenden Schulen des Landkreises bekommen sollten in offener und in gebundener Form. Ich glaube auch, dass wir mit unseren Möglichkeiten mehr eigene Akzente in der kommunalen Sozialpolitik setzen sollten. Es ist hier schon etwas in Gang gekommen, eine stärkere Vernetzung der Bereiche Jugendhilfe, Sozialhilfe, Kinderbetreuung, auch unsere schulische Verantwortung, aber ich glaube, da müssen wir noch ein Stück zulegen, auch was den Ausbau der sozialräumlichen Arbeit anbetrifft und beispielsweise, da freue ich mich, Herr Kollege Ländner, dass das auf positives Echo gestoßen ist, dass wir auch Einrichtungen fördern als Landkreis, Einrichtungen, die sich wirklich um die kümmern, die aus der Spur geraten sind, auch im Landkreis aus der Spur geraten sind und einfach Hilfe zum täglichen Überlegen brauchen. Weil es solche Einrichtungen, wie Bahnhofsmission und Wärmestube, und es ist immerhin ein inhaltliches Zeichen, das wir als Landkreis diese Einrichtungen unterstützen, es ist zwar kein großes finanzielles Engagement aber ein inhaltliches Zeichen ist es allemal und ich glaube, das sollten wir tun. Für uns steht in den nächsten Jahren die Umsetzung des seniorenpolitischen Gesamtkonzeptes im Mittelpunkt, auch die Landkreispolitik und wir wollen uns da auch stärker noch mit dem ambulanten Pflegemöglichkeiten befassen auch der Wohnraumgestaltung, einer Wohnraumbörse vielleicht, um einfach deutlich zu machen, dass wir als Landkreis auch diejenigen unterstützen, die solange es geht Zuhause in ihrer gewohnten Umgebung bleiben wollen. Ein Punkt, den wir anstoßen wollen, und das wir nicht in diesem Jahr umgesetzt werden können, aber in den nächsten Jahren, das ist die Palliativversorgung im Landkreis. Wir haben eine Mainklinik, die sich nach meiner Auffassung auch dafür eigentlich eignet, über eine Palliativstation zu diskutieren, um zu schauen, welche Möglichkeiten gibt es da. Überhaupt die Koordination der Palliativ- und Hospizangebote, wo Stadt und Landkreis auch in Verantwortung stehen und ganz konkret, wollen wir auch eine Unterstützung der ehrenamtlichen Hospizarbeit, z.B. der Malteser. Wir hatten in der Fraktionssprecherrunde auch darüber gesprochen; wir sind beim Prüfungsauftrag geblieben, dass wir uns im Laufe des Jahres auch mit dieser Frage befassen, weil ich glaube, dass die auch wichtig ist. Bei der Förderung der ehrenamtlichen Strukturen darf ich mich beim Kollegen Ländner bedanken, dass er unsere Anregung auch hier aufgegriffen hat, dass wir zu einer Anpassung der Zuschüsse für die Jugendarbeit in Musik- und Sportvereinen, spätestens zum 01.01.2012 kommen und dass wir auch im Bereich Kultur, das was den Landkreis auszeichnet an Vielfalt auch mit vernünftigen Finanzmitteln ausstatten können, das ist ohnehin im Gesamthaushalt ein kleiner Betrag. Ein Wunsch noch Herr Landrat, ich weiß, dass sie das in die neue Mainfranken GmbH sozusagen überwiesen haben, aber uns ist daran gelegen, dass der Landkreis in dem Bereich der Beratung und auch vielleicht auch im Bereich der Vorbildfunktionen, aber auch im Bereich der Unterstützung für Gemeinden mehr tut als bisher, was den Bereich der Energie im Hinblick auf erneuerbare Energien angeht. Das ist uns ein ganz wichtiges Anliegen.

Ich komme zu einem Punkt, den der Landrat auch angesprochen hat, und freue mich auch hier für die positiven Signale, die unser Antrag ausgelöst hat. Die SPD-Fraktion sieht die Verbesserung der Busverbindungen innerhalb des Landkreises als Hauptaufgabe der nächsten Jahre. Wir haben durchaus Fortschritte gemacht, insbesondere haben wir dafür gesorgt, dass das was der Landkreis in den ÖPNV investiert optimal umgesetzt wird. Eine möglichst effiziente Verwendung der Mittel, das soll auch so bleiben. Es gibt aber noch große Problembereiche, die angepackt werden müssen. Es ist schon angesprochen worden, die etwas von der Stadt entfernten – von der Stadt Würzburg entfernten Bereiche, da sind schon noch schmerzhaft Fahrplanlücken, da haben wir noch viel zu tun. Ob das nun im südlichen Land-

kreis ist, ob das im nordöstlichen Landkreis ist. Ich glaube auch, dass wir uns noch stärker mit der attraktiven Verknüpfung zwischen Bus und Bahn befassen müssen und dass wir auch dafür Fahrplanangebote konkret in der Verbesserung voranbringen müssen. Ich darf einen Punkt noch ansprechen, der die Gemeinden betrifft, die finanzielle Unterstützung für die Bürgerbusangebote muss unserer Einschätzung nach verbessert werden, damit sich die Gemeinden engagieren können. Die haben zwar schon leicht verbesserte Konditionen, aber ich glaube, dass hier noch ein Stück weit Unterstützung mehr erforderlich ist, auch das ist ein wichtiger Punkt. Weitere Taktverkehre, Umsetzung auch von Fahrplanverbesserungen im Rahmen der Neugestaltung der ÖPNV Korridore, das alles setzt voraus, und wir müssen es auch deutlich machen, wir können nicht in dem Stand bleiben, wie wir jetzt sind, auch mehr Geld in den ÖPNV zu investieren. Wir wollen schrittweise aus dem Kreishaushalt Mittel verwenden, die uns Stück für Stück in den Bereich der 2 % Punkte Kreisumlage zusätzlich bringen. Das wäre eine Verdoppelung des Mittelansatzes, den wir im Augenblick haben, und ich glaube, das ist auch gut investiertes Geld, weil wir können nicht nur Verbesserung von anderen fordern, ob das jetzt andere Landkreise, Gebietskörperschaften sind, ob das die Bahn ist, ob das die Bayerische Eisenbahngesellschaft ist, wir müssen auch selbst mehr tun und auch der Verkehrsverbund Mainfranken wird nicht unsere eigenen Probleme im Landkreis Würzburg lösen, die müssen wir schon selber anpacken. Und das ist, natürlich Herr Landrat, sie haben es angegeben als schönes Ziel, mit einem Ticket von Tauberrettersheim zum Kreuzberg fahren zu können, da nützt halt das eine Ticket auch nichts, wenn allein schon die Fahrt von Tauberrettersheim nach Ochsenfurt unter Umständen eine kleine zeitliche und streckenmäßige Odyssee ist, deshalb glaub ich müssen wir einiges anpacken.

Wir haben auch vorgeschlagen, den Betrag, der aus dem MHKW Zweckverband zurückerstattet wird, dass wir den als Grundstock für eine Landkreis-Stiftung verwenden und mit einer vom Landkreis verwalteten Stiftergemeinschaft für Private Zustiftungen verbinden. Die von uns vorgeschlagene Form der Landkreis-Stiftung hätte folgende Vorteile:

- Schaffung und Erhaltung unbürokratischer finanzieller Unterstützungsmöglichkeiten außerhalb des rechtlichen und fiskalischen Korsetts eines Kreishaushaltes. Manchmal hilft man Kleineren, wir wissen selber, wie schwierig dann eine Diskussion zu führen ist, wenn es ins grundsätzliche geht, dafür wäre eine Stiftung eine ideale Möglichkeit
- Einen Anreiz für bürgerschaftliches Engagement auch im finanziellen Bereich zu schaffen
- Erschließung von Spenden für Gemeinwohl-Zwecke auf Landkreisebene
- Und eine attraktive Möglichkeit auch für private Stifter, ihr Vermögen auch ihr Erbe in die Stiftergemeinschaft auf Landkreisebene einzubringen

Damit könnten wir mit der Gründung der Landkreis-Stiftung und der Verwendung der Rückerstattung aus dem Zweckverband zugleich einen Mehrwert bzw. eine finanzielle Hebelwirkung erzeugen, die weit über den Grundstock hinausgeht. Und ich bedanke mich zumindest für die Befürworter dieses Vorschlags, vielleicht kommen wir im Laufe des Jahres auch zu sinnvollen gemeinschaftlichen Ergebnissen.

Die SPD-Fraktion wird dieser Haushaltssatzung zustimmen und damit auch dem Hebesatz der Kreisumlage. Aber ein abschließendes Wort zur Kreisumlage, das ist schon noch notwendig.

Nach Art. 56 der Landkreisordnung ist der Landkreis nur berechtigt, Einnahmen durch die Kreisumlage zu beschaffen, soweit die sonstigen Einnahmen nicht ausreichen. Diesem Grundsatz, dass der Landkreis von den Gemeinden über die Kreisumlage nur so viel holt, wie auch unter Anlegung eines großzügigen Maßstabes erforderlich ist, wird der Landkreis in den letzten Jahren leider nicht mehr gerecht.

Die SPD-Kreistagsfraktion hatte im vergangenen Jahr – und das ist auch schon angesprochen worden – aufgrund der finanziellen Rahmendaten eine Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage um 2 Punkte auf 44 Punkte vorgeschlagen. Dies hätte 2010 zu einer Entlastung der

kreisangehörigen Gemeinden um mindestens 2,5 Millionen Euro geführt. Für uns wäre es denkbar und schlicht ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit innerhalb der kommunalen Familie gewesen, dass der Landkreis nicht nur an sich denkt, sondern auch an die, die den Landkreis mit ihrer Kreisumlage finanzieren.

Was wurde uns vor einem Jahr nicht so alles entgegengehalten. Vom Gang in die Verschuldung war die Rede, dass man sofort im nächsten Jahr die Kreisumlage wieder anheben müsse, etc. etc.

Im Zuge der Haushaltsberatungen für diesen Kreishaushalt 2011 hat sich dann herausgestellt – und die Zahl wurde bisher wohlweislich von niemandem genannt -, dass der Landkreis im vergangenen Jahr über die Kreisumlage nicht nur den im Haushaltplan 2010 ausgewiesenen planmäßigen Überschuss in Höhe von 7,4 Millionen den Gemeinden abverlangt hat, sondern darüber hinaus 7,6 Millionen Euro überplanmäßigen Überschuss erwirtschaftet hat, insgesamt also ein Überschuss in einem einzigen Haushaltsjahr – letztendlich bezahlt über die Kreisumlage – in Höhe von 15 Millionen Euro. Das ist zwar bislang der absolute Spitzenwert gewesen, im Prinzip haben wir aber diese Feststellung, einen wesentlich höheren Zuführung zum Vermögenshaushalt, wie im Haushaltsplan festgesetzt, in den letzten 5 Haushaltsjahre immer wieder treffen können. Insofern wäre aus unserer Sicht auch die Erfahrung nicht den Kreishaushalt in den letzten 5 Jahre so zu verstehen, dass wir auch den Landkreis-Gemeinden einen entsprechenden Anteil belassen.

Für uns gilt der Grundsatz „Was du nicht willst, was man dir tu, das füg auch keinem anderen zu.“ Denn weder der Landrat, noch der Kreistag, würde es ohne Widerspruch akzeptieren, wenn der Bezirk mit uns als Landkreis und kreisfreien Städten genauso verfahren würde und über Jahre große überplanmäßige Überschüsse macht, mit der von uns bezahlten Bezirksumlage. Und dieser Grundsatz muss auch für das Verhältnis zwischen Landkreis und kreisangehörigen Gemeinden gelten.

Nach den Erfahrungen der letzten Jahre stellen wir fest, dass wir auch in diesem Jahr hätten ohne Probleme zu einer Senkung der Kreisumlage kommen können, trotz Steigerung der Bezirksumlage und angesichts der Investitionsprojekte auch kein Problem hätten und natürlich die Herausforderungen, die von mir skizziert wurden, auch angehen hätten können, und auch eine schrittweise Entschuldung vornehmen können, das ist der aktuelle Sachverhalt. Wir bedauern es sehr, dass es bei den anderen Fraktionen dieses Kreistages keine Resonanz darauf gibt. Wir können nur anregen, darüber wieder nachzudenken und wir fordern jetzt schon, Herr Landrat, darauf können Sie sich auch verlassen, dass jeder einzelne Cent, der aus der Regelung der Grundsicherung, Übernahme der Grundsicherungsposten im Alter und bei Erwerbsminderung, wo da der Landkreis-Haushalt entlastet wird, dass dieser jeder einzelne Cent den Gemeinden im Landkreis zugute kommt. Insofern darf ich mich bedanken für die durchaus konstruktive Aufnahme vieler unserer Vorschläge und ich glaube, das hat es letztendlich auch verdient dass wir zu einer guten interfraktionellen Zusammenarbeit kommen was die Verabschiedung dieses Kreishaushaltes anbetrifft, der durchaus viel potenzial hat. Ich glaube wir arbeiten da gut vor und ich habe einige Punkte ansprechen können.

Darf mich bei Ihnen, Herr Landrat, und bei den Kollegen der Fraktionsvorsitzenden auch für die konstruktive Zusammenarbeit bedanken und abschließend nochmals bemerken, dass wir diesem Kreishaushalt 2011 und dem Finanzplan zustimmen.

**Kreisrat Fuchs** nimmt für die FW/UWG-Kreistagsfraktion zum Haushaltsplan 2011 wie folgt Stellung:

Sehr geehrter Herr Landrat,  
werte Mitglieder des Kreistages,  
meine Damen und Herren,

ich möchte vielleicht vorab noch eines erwähnen, wir müssen ja als Fraktionssprecher das ganze schriftlich abfassen und dann auch an die Verwaltung geben. Ich habe das gestern also auch tagsüber gemacht und ich kann Ihnen sagen, es ist mir sehr schwer gefallen, weil wir haben ja das mit Japan alles miterlebt: Erdbeben, dann den Tsunami und die Probleme mit der Kernkraft und ich glaube, unser aller Mitgefühl gilt jetzt dem japanischen Volk.

Jetzt zur eigentlichen Arbeit, der Kreishaushalt 2011 ist auch nach unserer Meinung und das haben die Vorredner ja alle auch schon zum Ausdruck gebracht, etwas Besonderes. Erstmals halten wir einen doppischen Haushalt in Händen.

Dafür ein herzliches Dankeschön an unseren Kämmerer, seinen Stellvertreter und die natürlich allen Mitarbeiter der Finanzverwaltung. Und Herr Landrat, ich muss im Gegensatz zu meinem Vorredner Ihnen ein weiteres Mal ein großes Lob zollen, denn seit dem Sie Landrat sind, haben wir haushaltstechnisch keine Probleme mehr, die UWG/FW-Fraktion und Sie persönlich, denn in allen Bereichen konnten wir bisher haushaltstechnisch eine Übereinstimmung erzielen, was aber nicht bedeutet, dass wir in anderen Sachen auch einer Meinung sein sollten.

Sicher bedeutet neue die Haushaltsführung, nicht mehr Geld für uns im Landkreis! Aber die Abbildungen sind leichter einzusehen und es können Beschlüsse einfacher nachvollzogen werden und – ganz wichtig - ihren finanziellen Auswirkungen auch sofort relativ schnell auf die Zukunft dargestellt werden. Und noch ein wichtiger Punkt: Wir erkennen sofort ob wir Vermögen mehr oder durch unsere Tätigkeit Vermögen mindern!

Es fehlt uns noch die Eröffnungsbilanz, an deren Erstellung gearbeitet wird und Sie, Herr Krug, haben uns mitgeteilt, dass das Vermögen des Landkreises so grob geschätzt bei 150 Mio. Euro liegt, denn aus dem Vermögen heraus ergibt sich ja ein wichtiger Punkt, der für uns alle neu ist, die Abschreibung, und dafür haben Sie knapp 5 Mio. Euro im Haushalt ansetzt.

Somit haben wir mit der Abschreibung momentan sicher keine Probleme. Wie bewerten wir unser Vermögen aber in der Zukunft? Das ist die Frage. Daraus können sich dann durch hohe Abschreibungspositionen Haushaltsschwierigkeiten ergeben, wie ein Blick nach Nordrhein-Westfalen zeigt, das mit der Doppik schon länger Erfahrungen hat und bei denen einige Gemeinden ihre Probleme davontragen.

Laut unserem Kämmerer schreiben wir bei Neuanlagen alles linear ab, wobei z.B. Straßen - ich glaube, Herr Krug, da haben Sie 30 Jahre gesagt und Schulgebäude und Bürogebäude auf 40 Jahre – sowie ich das in den Haushaltsprodukten gelesen habe. Abgebildet werden die Teilhaushalte nach Organisationseinheiten. Diese setzen sich nun aus Produkten zusammen, wobei jedes Produkt seinen eigenen Produktverantwortlichen hat und jedes Produkt sein eigenes Budget. Im Jahre 2011 wurden die Budgets, sicher nach Abfrage der Verwaltung in den entsprechenden Bereichen bzw. nach Beschlüssen der Ausschüsse und des Kreistages gebildet.

Die Produkte zählen nach unserer Meinung zu den wichtigsten Bereichen des doppelten Haushalts. Wir halten es als unverzichtbar die Produktbildung, die Ausgestaltung der Produkte und vor allem die Produktbudgets und auch die Berichte der Produktverantwortlichen nicht nur der Verwaltung zu überlassen.

Dies bedeutet keine Misstrauen in die Verwaltung, sondern unterstützt sie und lässt auch die Politik früh erkennen, wenn einzelne Bereiche aus dem Ruder laufen und wir können entsprechend gegensteuern.

Machen wir dies am Beispiel des Produktes „Bereitstellung und Betrieb der Realschule Ochsenfurt – Schulgebäude“ mit Produktnummer 21511001 – das ist in den Produkten die Seiten 299 bis 310, und wir sehen also, das sind mehrere Seiten die sie umfasst - der Produktaufstellung fest:

Wir sehen, dass in diesem Produkt sowohl Beträge für den Hochbau im Jahr 2011, als auch für die heuer vorgesehene Ausstattung, wie auch Aufwendungen aller Art für den laufenden Betrieb, die Personalkosten der Verwaltung und die dazugehörigen Finanzierungsbeträge abgebildet sind.

Verantwortlich für das Produkt ist der stellv. Kämmerer, Herr Rainer Künzig.

Meine Fragen jetzt an uns alle:

An welchen Terminen hat er und wem seinen Produktbericht vorzulegen?

Wer reagiert, falls etwas aus dem Ruder läuft?

Es geht immerhin um Millionenbeträge in diesem einen Produkt!

Oder als Zweites – und damit will ich es auch dann belassen sein - das Produkt „Feuerwehrangelegenheiten-Löschwesen“, Nr. 12611000, das ist auch auf mehreren Seiten abgebildet Seiten 276 bis 285.

Hier sind auch alle Anschaffungs-, Unterhaltskosten und ebenfalls Personalkosten abgebildet. Für EDV-Ausstattung (Hardware) stehen Anschaffungen in Höhe von 68.500,- €, für Fahrzeug und für Wechselladersysteme nochmals 285.000,- € im Produkt. Für letzteres gibt es nach meinem Wissen einen Kreisausschussbeschluss.

Für 2012 steht eine Summe von 166.000,- € für Anschaffungen im Plan. Für die weiteren Jahre sind es nur noch 20.000,- €.

Verantwortlich fürs Produkt ist Herr Seuling

Außer den obigen Fragen, die ich schon beim Produkt Realschule Ochsenfurt genannt, wäre hier noch wissenswert, was steckt hinter dem Produkt EDV-Ausstattung? Oder was passiert mit den Feuerwehrfahrzeugen in den Landkreis-Gemeinden, die bei den verschiedensten Feuerwehren stationiert und die auch zwischenzeitlich in die Jahre gekommenen sind? Ist da an Ersatzbeschaffung angedacht oder übernimmt dies in Zukunft die neue Kreisfeuerwehr?

Deshalb ist die UWG-FW der Meinung, es sollte ein Ausschuss gebildet werden - dieser muss kein beschließender sein - der die Produkte des Haushaltes begleitet, die Budgets mit festlegt und die mehrmaligen Berichte während eines Jahres der Produktverantwortlichen entgegen nimmt.

Nachdem momentan viele Kreistagskollegen/innen hier noch etwas skeptisch sind und eine Begleitung nach unserer Meinung sehr wichtig ist und nicht mit einem evtl. zu früh gestellten Antrag abgelehnt werden darf, werden wir damit noch etwas warten den Antrag zu stellen. Evtl. zeigt sich in naher Zukunft die Richtigkeit und die Verwaltung schlägt von sich aus dies vor.

Außer den Abschreibung und Produkten müssen wir noch ein Drittes in der Zukunft richtig bewerten: die Pensionsrückstellungen.

Wir bekommen einen Doppelansatz durch die Pensionsrückstellungen, wobei wir laufend – auch für Pensionisten – die entsprechenden Beiträge an den Versorgungsverband abführen

und gleichzeitig diese Rückstellungen bilden müssen. Dieser Doppelansatz dient der Risikoabdeckung wirkt sich allerdings negativ auf den Haushalt aus.

Auch im Haushalt 2011 sind viele Staatsbeamten nicht ausgebildet wird aber nach Auskunft des Kämmerers zukünftig erfolgen, also sind nicht viele sondern die vielen, es ist nämlich kein einziger ausgebildet. So kann dann auch dargestellt werden wie viele Fortbildungsmaßnahmen beispielsweise aus dem Landkreis-Haushalt in diese Mitarbeiter fließen, denn der Staat hält sich da total bedeckt.

Ähnliches gilt für die Kosten- und Leistungsrechnung. Hier haben die Mitarbeiter im Landratsamt schon seit vielen Jahren die Vorarbeiten geleistet und diese wird in Zukunft ebenfalls Einzug in die Buchhaltung finden.

Noch etwas zum Finanzhaushalt:

Darlehnsaufnahmen sind zukünftig zweckgebunden anzusetzen, Es ist klar ersichtlich für was das Geld benötigt wird. Pro Forma Aufnahmen, wie in der Vergangenheit geschehen werden hoffentlich nicht mehr vorkommen. Für diese Aufnahmen wurden wir – nach unserer Meinung - auch bestraft, durch die damals höheren Zinsen, die schon seit Jahren zu zahlen sind. Bis zum heutigen Tag haben wir die aufgenommenen Millionen Euro nicht benötigt, eigentlich nur um den Kreistag bei den Haushaltsbeschlüssen der Vergangenheit immer nur durch einen geringen Übertrag vom Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt evtl. Kreditaufnahmen zu ersparen.

Die Zinsen und höhere Verschuldung belasteten uns schon seit Jahren.

Einzigster Vorteil: wir ersparen uns vielleicht in der Zukunft eine Darlehensdiskussion. Siehe die 15,1 Mio. Euro Übertrag, die der Vermögenshaushalt 2010 nach vorläufigen Abschlüssen ergibt. 15,1 Mio.!

Einige Worte zu den freiwilligen Leistungen – und da möchte ich der SPD auch ein großes Kompliment machen, weil sie hat sich wirklich intensiv damit auseinandergesetzt – weil wir alle Wissen, also von unserer Fraktion kann ich sagen, freiwillige Leistungen – wissen wir ja alle – ist eine gefährliche Geschichte, aber trotzdem muss sie diskutiert werden und das haben wir ja getan.

Förderung der Jugend- und ehrenamtlichen Arbeit:

Auch wir werden für den Finanzplan 2012 die Aufnahme der Sportförderung und der Chöre mittragen.

Die Erhöhung der Kulturförderung - ebenfalls im Finanzhaushalt 2012 dargestellt - gilt ebenfalls unsere Zustimmung.

Und als Drittes: Die von allen genannten Zuschüsse zur Bahnhofsmission und Wärmestube jährlich ab 2011 pauschal mit 10.000,- € werden auch wir mittragen. Dafür, und das haben Sie uns zugesagt, Herr Landrat, werden allerdings andere Leistungen aus der freiwilligen Liste, und hier ist angedacht die Kartierung der Obstsorten und Förderung des ländlichen Raums um jeweils 5.000,- € reduziert.

Die freiwilligen Leistungen sind im Ergebnis-Haushalt 2011 mit 442.415,- € und im Finanz-Haushalt 2011 mit 511.000,- € (in diesem Betrag sind aber nicht die Mittel, die eben allein aus dem Haushalt kommen, sondern es sind auch nicht verbrauchte Mittel aus dem Jahr 2010 enthalten) veranschlagt. Es ist unserer Fraktion wichtig, keine weitere Erhöhung vorzunehmen bevor nicht weiter die Schuldenlast des Landkreises reduziert wird – und das haben Sie ja auch gesagt, Herr Landrat.

Hier möchte ich nochmals an das „Sonderhofener- und das neue Volkacherurteil“ erinnern. Das Volkacherurteil ist bei uns so gut wie unbekannt, weil es eben einen anderen Landkreis

betrifft. In beiden wird aber von den Richtern zu maßvollen „freiwilligen Leistungen“ durch die Landkreise aufgefordert.

Jeder hier im Kreistag möchte sicher gerne gutes für die Allgemeinheit tun, aber vorrangig müssen wir unsere Pflichtaufgaben angehen und dann die Schulden abbauen. Wir müssen an unsere Jugend denken und dürfen denen keine großen Schuldenlasten aufbürden und hinterlassen.

Nach unserer Meinung ist der weitere Ausbau des ÖPNV im Landkreis wichtig und sinnvoll. Allerdings bringt es – meiner Meinung nach - Unmut, wenn wir im Finanzhaushalt ab 2012 die im Kreistag als maximal beschlossene 2 % der Kreisumlage abbilden. Es muss erst vom KU ein entsprechender Linienverdichtungsbedarf aufgezeigt und im Kreistag beschlossen werden. Hier ist für uns der Taktverkehr nach Giebelstadt unumstritten und äußerst wichtig.

Im Haushalt werden die Schwerpunkte der letzten Jahre, z.B. mit der Sanierung der Realschule mit Schwimmbad und Turnhalle in Ochsenfurt oder die Fahrbahnverbesserungen unserer Kreisstraßen abgebildet und damit fortgeführt. Auch der Ansatz für den Radwegebau wurde im reduzierten Umfang aufgenommen und wird von uns begrüßt.

Einen Punkt bei der Darstellung eines ausgeglichenen Haushaltes tragen wir so nicht mit. So wurde der Zinsgewinn aus 2009 des MHKW's mit ca. 980.000,- € in 2011 als Einnahme in den Haushalt gebucht.

Hier ist die UWG-FW-Fraktion ganz anderer Meinung!

Zum Einen, ist es nicht notwendig den Ausgleich mit dieser Einnahme herbeizuführen. Wir verweisen auf die Vorjahre, speziell auf das von mir schon erwähnte Jahr 2010. Alleine hier wurden ein um 7,7 Mio. Euro höhere Übertrag aus dem Verwaltungshaushalt in den Vermögenshaushalt erzielt, als bei der Haushaltsaufstellung abgebildet. Auch für 2011 sehen wir eine Wiederholung der Ereignisse!

Zum Andern bleiben wir bei unserer Auffassung zu den Jahresgewinnen und Zinsrückvergütungen aus dem MHKW – und das haben wir hier schon mehrmals dargestellt: Diese sollen weiter in der Abfallwirtschaft zwischengelagert werden.

Hier sollen wir nicht nach neuen Verwendungsmöglichkeiten der „Sinnvollen“ Anlage innerhalb von Team Orange suchen, wie ich einer Einladung zu einem Seminar – von Ihnen Herr Landrat - in Veitshöchheim-Gadheim Mitte Mai entnehme.

Dieses Geld wurde in der Vergangenheit durch Gebührenzahler aus unseren Zweckverbandsgemeinden und weiteren Gebietskörperschaften sowie Firmenanlieferungen erwirtschaftet. Nachdem die Stadt Würzburg und die Landkreise Kitzingen und Würzburg als Betreiber des MHKW's in der Vergangenheit gerade unsere Bürger mit höheren Gebühren – und ich würde sie als „Risikogebühren“ bezeichnen - belastet hat, im Gegensatz zu den anderen Anlieferern die damals zum Abschluss der Verträge mit marktgerechten Beträgen bedacht wurden, stehen die jetzigen Erträge, die sowohl aus der Vergangenheit kommen – wie die Zinsgewinne – oder die durch die „Abführungen“ der Gewinne aus den Haushaltsjahren unserer Meinung moralisch unseren Bürgern zu und sollten nicht zum Ausgleich des Kreishaushaltes verwendet werden.

Wir hatten schon mehrmals den Antrag gestellt durch diese Einnahmen, bisher sind schon mehreren Mio. Euro zwischengebunkert, die sich aus einem satten und sicherlich millionenschweren Gewinn aus 2010, ich betone 2010, nochmals erhöhen werden, bei der nächsten Gebührenberechnung zu einer Reduzierung anzusetzen.

Sicher nicht dienlich wäre es dieses dort gebunkerte Vermögen für sogenannte „Verbesserungen“ einzusetzen. Hier würden einzelne Kunden des Team Oranges eine Vergünstigung erhalten, die breite Masse aber das Nachsehen haben. Anders eben bei einer Aufnahme in die neue Gebührenkalkulation – und da hat uns ja der Kreistag das vorgegeben - ab dem Jahr 2014, dann hätten alle etwas von einer Gebührensenkung!

Bei den freiwilligen Leistungen wollen wir einzelnen Landkreisbürgern, sicher vorwiegend unseren Kindern und Jugendlichen etwas Gutes tun. Bei einer Gebührensenkung tun wir allen Landkreisbürgern etwas Gutes! Was hindert uns also daran?

Hierzu der Antrag der UWG-FW-Fraktion zum Haushalt 2011:

Alle Rückerstattungen aus Gewinnen, egal ob es sich um Zinsgewinne oder Jahresgewinne handelt, sind bis auf weiteres an die Abfallwirtschaft des Landkreises weiterzuleiten mit dem Ziel für den nächsten Kalkulationszeitraum ab 01.01.2014 dies nach Möglichkeit für eine Gebührensenkung einzusetzen!

Sehr geehrter Herr Landrat, wir bitten Sie vor der Abstimmung über den Haushalt 2011 über unseren eben gestellten Antrag entscheiden zu lassen!

Zum Abschluss noch ein Wort zur Grundsicherung:

Hierzu hat der Bundestag sich ja mit den Ländern bezüglich Hartz IV geeinigt und auch der Bundesrat. Es gibt für den Haushalt 2012 laut Schätzungen unseres Kämmerers eine Entlastung von ca. 500.000,- €, die in den Folgejahren noch ansteigen wird, also die Entlastung wird ansteigen. Gleichzeitig wird allerdings die Bezirksumlage auch steigen, das wissen wir auch schon. Wir sollten auf jeden Fall eine Reduzierung der Kreisumlage um die „Einsparungen“ nicht ausschließen und das haben Sie ja vorhin selber gesagt, Herr Landrat und auch bei der letzten Fraktionssprecherrunde haben Sie das auch gesagt, zugesichert! Wir können der Haushaltssatzung 2011 mit einer Kreisumlage von 46 %, sowie dem Stellenplan und dem Finanzplan zustimmen. Dies auch wegen der Zusicherung durch Sie, Herr Landrat, ab 2012, dass sie bereit sind, über eine Senkung der Kreisumlage eben durch die erwartete Reduzierung bei der Grundsicherung nachzudenken.

Ganz herzliches Dankeschön an Sie, Herr Landrat Eberhard Nuß für das Einhalten Ihrer Zusage bei der Verabschiedung des Haushalts 2010 auch in 2011 keine Kreisumlagenerhöhung anzudenken, denn – wie auch alle Vorredner und vor allen Dingen Kollege Halbleib schon erwähnt hat – wir wissen, dass wir 2010 mit geringeren Kreisumlagen hätten auch arbeiten können. Ich gehe davon aus, dass wir für den Haushalt 2012 bei liquiden Mitteln zum 01.01.11 von ca. 24 Mio. Euro eher um eine Reduzierung der Kreisumlage ringen, als um eine Beibehaltung.

Danke Ihnen auch für Ihren Mut zum Einstieg in die Doppik, auch wenn noch nicht alles so perfekt ist, wie wir uns das vorstellen. Aber ein besonderer Dank an die Kämmererei mit Herrn Dieter Krug und Rainer Künzig, ohne ihr Wirken und die immense Mehrarbeit wäre der Umstieg nicht zu schaffen gewesen. Und ein weiteres Dankeschön an die vielen Produktverantwortlichen die nun auch einen Großteil zum Erfolg des Wirtschaftsplans 2011 Landkreis beitragen.

Danke auch an die weiteren Fraktionsvorsitzenden und alle Kreistagsmitglieder für die vertrauensvolle Zusammenarbeit. Herzlichen Dank.

**Kreisrat Trautner** nimmt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsplan 2011 wie folgt Stellungen:

Sehr geehrter Herr Landrat,  
meine Damen und Herren,

Jawohl Herr Kollege Fuchs, unsere ganzen Gedanken und unser Mitgefühl gehen heute an alle betroffenen Menschen in Japan, die nicht nur von einer Naturkatastrophe überrollt wurden, sondern auch von einer nuklearen Katastrophe bedroht werden.

Lassen Sie mich dazu nur zwei Sätze sagen:

1. Wir alle hoffen, dass sich diese nukleare Katastrophe nicht verschlimmert.
2. Aus Sorge und Verantwortung um unsere Kreisbürger hat die Mehrheit dieses Kreistages einschließlich des Landrates 2010 an die Frau Bundeskanzlerin appelliert, möglichst bald aus der Risikotechnologie Kernkraft auszusteigen.

Nun zum Kreishaushalt. Da schließe ich mich dem ausführlichen Dank meines Vorredners an. Die Finanzen 2011 sehen besser aus, als die Bankenkrise es hätte erwarten lassen. Die Einnahmen aus der Kreisumlage sind zwar gesunken, aber sie sind nicht so tief eingebrochen, wie Pessimisten dies befürchtet hatten.

Auch die Schlüsselzuweisungen des Landes Bayern sind gesunken, aber sie verhielten sich im vertretbaren Rahmen. Dafür stieg erwartungsgemäß die Bezirksumlage um 2,4 % und so muss dieser Kreishaushalt insgesamt mit ca. 5 Millionen € weniger auskommen.

Da helfen uns natürlich heuer die Rücklagen, die wir wohlweilich gebildet haben und es hilft uns auch das Festhalten an der Kreisumlage bei 46 % im letzten Jahr, die wir gegen alle Anträge zur Senkung verteidigt haben. Sonst sähen die Kreisfinanzen 2011 wesentlich schlechter aus.

Wir kommen im Haushaltsentwurf 2011 ohne neue Schulden aus, obwohl alle Investitionen in die Bildung und in die Infrastruktur durchgeführt werden. Der dickste Brocken dabei ist die Sanierung der Realschule in Ochsenfurt und der Ausbau der Sportstätten und des Hallenbades mit dem vergrößerten Schwimmbecken. Trotzdem werden die alten Schulden konsequent um ca. 1,5 Millionen € weiter abgebaut.

Während der Bund und die Länder heuer 20 Billionen Schulden anhäufen – das sind pro Bundesbürger 24.600 € - senkt der Kreis Würzburg 2011 seine Verbindlichkeiten von 202 € pro Einwohner auf 193 € pro Einwohner und zusammen mit den Verbindlichkeiten des Kommunalunternehmens von 306 € pro Einwohner auf 296 € pro Kreisbürger. Damit liegen wir erheblich unter dem Durchschnitt in Bayern. Der Landkreis Würzburg wirtschaftete vernünftig und übernimmt sich nicht. Wir unterstützen dieses nachhaltige Wirtschaften.

Trotzdem sind im Haushaltsentwurf bereits Gelder von 5,5 Mio. € für den Neubau von Büroraum für 2 Stockwerke über dem Sparkassengelände neben dem Landratsamt enthalten. Dies brauchen wir, wenn das Gesundheitsamt ins Landratsamt umziehen soll. Wir werden weiterhin an der Verbesserung des ÖPNV und an der Verbesserung des Radwegenetzes mitarbeiten. Das ist uns wichtig.

Jawohl Herr Landrat Nuß, eine solide Finanzpolitik funktioniert nur, wenn wir weiter an den 46 % der Kreisumlage festhalten, auf die sich die Kommunen langfristig einstellen können. Der Kreis muss weiterhin seine Schulden abbauen und in die Zukunft investieren - gute Schulen kommen allen Kreisbürgern zu Gute.

Wir Grüne stehen für Investitionen in die Bildung und eine solide Haushaltspolitik, deswegen unterstützen wir den Haushalt 2011.

**Kreisrat Kuhl** nimmt für die FDP-Fraktion zum Haushaltsplan 2011 wie folgt Stellung:

Sehr geehrter Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,

lassen Sie mich zunächst einmal bei der Verwaltung und bei den Herren Krug und Künzig, aber auch beim Landrat persönlich bedanken. Denn was Sie hier gesagt haben, in einem Jahr den Haushalt von Kameralistik auf Doppik umzustellen, ist schon beachtenswert.

Sicher gehört der Umgang mit Zahlen, Werten und Beständen zu Ihren Aufgaben, aber dass Sie es geschafft haben uns in so kurzer Zeit einen doppelischen Haushalt mit allen dazugehörigen Fakten vorzulegen, ist eine große Leistung, die man hier auch einmal ansprechen und würdigen muss.

Auch möchte ich Ihnen im Namen der FDP / ÖDP für die Ausführungen und Erläuterungen zum Haushalt recht herzlich danken.

Bedanken möchte ich mich aber auch beim Landrat, bei allen Kolleginnen und Kollegen des Kreistages für die vertrauensvolle Zusammenarbeit im vergangenen Jahr.

Der neue Haushaltsplan erfordert zwar eine ganz neue Sicht auf die einzelnen Haushaltsstellen, bietet aber Dank der Übersicht über die Produktkonten eine ebenso detaillierte Einsicht wie der vergangene.

Eine bessere Transparenz wird der Zugang der Kreisräte zum Intranet des Landkreises, was ja auch vom Landrat für Mitte des Jahres zugeordnet ist, bieten. Damit kann man besser in die einzelnen Produktkonten einsehen.

Erfreulich zeigt sich bei der Bearbeitung des Haushaltes die Tatsache, dass der Kreishaushalt weniger Schulden ausweist als im vergangenen Jahr.

So haben wir im Haushalt 2.503.013 € weniger Schulden als 2010.

Dass dies bei einer Anhebung der Bezirksumlage so darzustellen war, ist auch der Tatsache zu schulden, dass im vergangenen Jahr die Kreisumlage stabil gehalten worden ist. Dies möchten wir auch in Zukunft so halten, damit die Gemeinden, aber auch der Landkreis eine stabile zukunftsweisende Finanzplanung aufstellen kann.

Wir stehen als Liberale zu den Investitionen, die wir gemeinsam in den Ausschüssen mitbeschlossen haben.

Erfreulich ist aus unserer Sicht, dass wir weiterhin in die Zukunft unserer Kinder in unsere Schulen investieren. Unsere Jugend braucht Schulen, die den Kindern zeigen, dass sie willkommen sind: Offene, inspirierende Orte des Lernens, wo Lust und Leistung keine Gegensätze sind. Wir sollten nur darauf achten, dass wir nicht nur die angeblichen Eliten und Sparten fördern, sondern allen Kindern Chancen geben.

Die Gelder, die wir dem Deutschhaus Gymnasium im Kreisausschuss und auch im Kreistag bewilligt für eine offene Ganztagsbetreuung bewilligt haben, sollten wir allen Schulen im Landkreis anbieten, was ja, so glaube ich, schon aufgrund eines Schreibens des Landrats passiert ist.

In diesem Zusammenhang hoffe ich, dass sich im DHG die Eltern und Schüler die offenen Ganztagsklassen aussuchen können und nicht die Schule bestimmt, welche Klassen und welche Kinder die Förderung bekommen.

In diesem Sinne sehen wir auch den ÖPNV. Hier bedarf es, besonders bei einer älter werdenden Gesellschaft, einer Verbesserung der Anbindung einiger Gemeinden, was ja auch schon von meinen Vorrednern angesprochen worden ist. Die guten Erfahrungen meiner Heimatgemeinde Erlabrunn mit dem Bürgerbus sollten wir zum Anlass nehmen Bürgerbusse als Zulieferbusse an die Linien auch anderen Kommunen anzubieten. Denn es zeigt sich, dass ein solches Angebot von der Bevölkerung angenommen wird. Verbesserungen im ÖPNV sind letztendlich auch eine Verbesserung der Lebensqualität und dann sind die Bürgerinnen und Bürger auch bereit Geld dafür zu bezahlen.

Wir bedauern aber in diesem Haushalt, dass unser Antrag auf eine breitere Förderung der Kulturträger, weg von einer Dauerförderung für alle Zeiten und hin zu einer Anschubfinanzierung im Sport-, Kultur- und Ehrenamtsausschuss keine Mehrheit gefunden hat. Wir halten diesen Beschluss für nicht zukunftsweisend, werden ihn aber als Demokraten akzeptieren. Die Aufstockung der Kulturförderung können wir mittragen, aber eine Aufstockung des Etats, bei gleichzeitiger Beibehaltung der Dauerförderung der alten Projekte halten wir aber für grundlegend falsch und werden dem auch nicht zustimmen.

Erfreulich sehen wir die Entwicklung der Finanzplanung in den kommenden Jahren 2012 und 2013. Aber auch hier gilt der Grundsatz der Sparsamkeit. Alles was wir an Schulden aufnehmen, muss in der Zukunft zurückgezahlt werden.

Deshalb sehen wir die Rückerstattungen des MHKW in diesem und in den Folgejahren lieber bei Investitionen und in der Schuldentilgung als in einer Stiftung. Wer als Kommune Schulden tilgt, tut so viel Gutes für die Zukunft unserer Bürgerinnen und Bürger, soviel kann man niemals mit einer Stiftung, und hat sie noch einen so guten Zweck, erreichen.

Meine Damen und Herren, ??? hat es schon am Anfang gesagt, dass wir die Investitionen, die wir gemeinsam beschlossen haben, mittragen werden. Wir werden dem Haushalt unsere Zustimmung geben.

Danke schön.

**Kreisrat Seifert** nimmt für die Republikaner zum Haushaltsplan 2011 wie folgt Stellung:

Herr Landrat,  
sehr geehrte Damen und Herren,

„Wir wollen alle Tage sparen/ Und brauchen alle Tage mehr“

Diese ständige Redewendung des Goetheschen Marschalks ist nicht nur auf den Haushalt des Landkreises Würzburg, sondern auf die meisten kommunalen Haushalte in Deutschland anwendbar. Fast zehn Milliarden Euro fehlten letztes Jahr in den Kassen von Landkreisen, Städten und Gemeinden. Die größten Löcher reißen die Sozialausgaben: 2010 mussten die Kommunen dafür über 42 Milliarden Euro aufwenden, doppelt so viel wie vor zwanzig Jahren. Die Zeche dafür zahlen die Bürger mit Gebührenerhöhungen, Leistungskürzungen und Aussetzung von notwendigen Instandsetzungsarbeiten.

Auch hier im Landkreis haben die verantwortlichen Parteien im Kreistag mit den Mehrheitsentscheidungen in den beiden letzten Jahrzehnten einen Schuldenberg von fast 49 Millionen € angehäuft.

Dieser Schuldenberg wird auch durch die Umstellung auf die doppelte Buchführung nicht geringer, wenn auch der diesjährige geringe Schuldenabbau sicherlich begrüßenswert ist. Sofern es nicht nur eine Absichtserklärung bleiben sollte, halten wir Republikaner die im „Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2010 - 2014“ in Aussicht gestellte Reduzierung des Schuldenstandes für richtig und längst überfällig. Insofern freue ich mich über die eindeutige Positionierung des Landrats zum Schuldenabbau.

Jedoch muss davon ausgegangen werden, dass das Milliardendebakel der Bayern LB (allein 2011 neue Schulden von 810 Millionen), die Lasten aus der Finanzkrise, der Bankenrettung, der „Euro-Rettungen“ sich sicherlich direkt oder indirekt auch auf die kommunalen Haushalte auswirken werden. Unter Berücksichtigung des jetzt erweiterten Euro-Rettungs-Wahnsinns sind jedoch eher explodierende Staatsschulden ins Unkontrollierbare und der Verlust der deutschen Kreditwürdigkeit auf den Kapitalmärkten zu befürchten. Die Folgen für die kommunalen Haushalte sind sicherlich dann nicht mehr absehbar.

Es bleibt zum jetzigen Zeitpunkt der Doppik-Umstellung, ohne Eröffnungsbilanz und noch nicht abgeschlossene Vermögensbewertung, nur die Hoffnung, dass in Zukunft eine genauere Prüfung von Kosten und Aufwendungen möglich sind.

Dass der Bund jetzt wohl wenigstens die Kosten für die Grundsicherung im Alter und jüngere Erwerbsunfähige übernehmen will, schafft zwar Entlastung. Aber das Grundproblem bleibt: Städte, Landkreise und Gemeinden müssen für die Folgen falscher Politik bezahlen, die sie selbst nicht mitbestimmen können – etwa die anhaltende Einwanderung in die Sozialsysteme. Gleichzeitig ziehen sich der Bund und das Land immer mehr aus der Finanzierung der Landkreise zurück. Deshalb ist eine Finanzreform überfällig: Bund, Länder und Kommunen sollen verlässliche eigene Einnahmen haben und nur für die Ausgaben aufkommen, die sie auch selbst verantworten.

Ein konsequenter, dauerhafter Schuldenabbau auf allen Ebenen ist nur durch eine mutige Politik möglich. Hierfür beispielhaft ist ein Beschluss der Senioren-Union von der Bundesdelegiertenkonferenz in Recklinghausen. Dort wurde gefordert, jüngeren Zuwandererfamilien das Kindergeld zu streichen. Dieses dürfe nur noch für Kinder ausgezahlt werden, von denen mindestens ein Elternteil vor dem 1. Januar 2000 EU-Bürger war. Ein interessanter Ansatz, der auch auf kommunaler Ebene Einsparungen bringen würde.

Der diesjährige Anstieg des Hebesatzes der Bezirksumlage um 2,4 % wirft für uns Republikaner die schon oft hier vorgetragene Frage nach dem Sinn des Bezirkstages erneut auf. „Reformunfähig, verschwenderisch, überflüssig“, so wurde bereits 2005 in der Main-Post festgestellt. Laut dem damaligen Staatskanzleichef Erwin Huber sei am Ende des Reformprozesses die Abschaffung der Bezirke möglich. Anscheinend ist dieser Reformprozess inzwischen eingeschlafen. Das Thema sollte wieder auf die Tagesordnung!

Nicht die zunehmende Zahl betagter Menschen, sondern die schrumpfende Zahl der nachwachsenden Jüngeren ist die Hauptursache der demographischen Alterung und ihrer kettenartigen Folgeprobleme. Noch nie wurden in Deutschland weniger Kinder geboren, als im Jahr 2009! Die wichtigste Chance, die man einem Kind geben kann, ist die Chance, geboren zu werden. Schwangere im Konflikt brauchen gute Beratung und echte Hilfe – keine Schein-Beratung! 97% der Abtreibungen finden nach der „Schein“-Regelung statt. 2008 waren dies offiziell 114.000 Menschenleben – das ist jährlich die Einwohnerzahl einer Stadt wie Würzburg. In der Main-Post war am 11.09.2010 zu lesen: „Die demografische Entwicklung zeichnet sich bei den Schulen in Stadt und Landkreis deutlich ab. Die Zahlen der Grundschüler haben in den letzten Jahren massiv abgenommen. Bei den Hauptschulen ist der Rückgang ebenfalls prägnant“.

Dennoch unterstützt der Landkreis auch in diesem Haushalt Pro Familia mit 23.580,- €. Vor ein paar Jahren wurde in Hessen eine Aberkennung der staatlichen Anerkennung empfohlen, da deren Beratungseinrichtungen unkorrekte Abrechnungen vorgeworfen und eine nicht genügende Trennung von drei Abtreibungskliniken festgestellt wurde. Diese betreibt Pro Familia unter der Bezeichnung „Medizinische Institute“ noch heute. Pro Familia bedient sich in den Mitteilungen einer Sprache, in der weder Kind noch Embryo vorkommen.

Stattdessen gibt es förderungswürdige Projekte wie 1000plus zu dem sich die Stiftung „JA ZUM LEBEN“, die Vereine Pro Femina e.V. sowie die BIRKE e.V. zusammengeschlossen haben. 1000 plus hat das Ziel, jährlich 1000 und mehr ungewollt Schwangere zu beraten und ihnen zu helfen, eine Entscheidung für ihr Kind zu treffen. Die Schirmherrin des Projekts ist Johanna Gräfin von Westphalen.

Wir Republikaner beantragen daher die Beendigung der weiteren Zusammenarbeit mit Pro Familia, den Ausbau und die Förderung von christlichen Beratungsstellen und von Projekten wie 1000plus. Bezüglich der in Planung befindlichen Landkreisstiftung wäre von dieser ein großzügiges zusätzliches Angebot an ungewollt Schwangere in unserem Landkreis zukunftsweisend.

Wir brauchen eine Wertediskussion über Kinder und Familie. Ich halte es für nicht vertretbar, wenn Abtreibungen als staatliche Sachleistung der Krankenkassen anerkannt werden und deren Kosten als „Sozialhilfe für Schwangere in besonderen Notsituationen“ von den Sozialministerien der Länder beglichen werden. Es ist für mich nicht nachvollziehbar, dass der Staat jedes Jahr 40 Millionen Euro zur Finanzierung von Abtreibungen ausgibt, statt das Geld für die Unterstützung von Kindern und Familien einzusetzen.

Thema Jugendsozialarbeit an den Grundschulen. Hier geht es uns Republikaner nicht um die 8.000,- € Erhöhung (Produktkonto 36311001.533120) sondern um eine grundsätzliche Frage: Die unaufhörliche „Versozialarbeiterung“ der Gesellschaft nützt niemanden außer den teuer alimentierten Sozialpädagogen. Diese plumpe Klientelpolitik schadet der Allgemeinheit und der Glaubwürdigkeit der Politik. Auch diese Kosten müssen durch den hart arbeitenden Steuerzahler finanziert werden. Bevor weitere Stellen vergeben werden, sollte erst eine Kosten-Nutzen-Analyse der bisherigen Arbeit erfolgen.

Zum Thema Gleichstellungsbeauftragte. Hierzu war in der Main-Post vom 08.03.2011 folgendes angegeben: „Bei den Gleichstellungsbeauftragten sieht es noch immer schlechter

aus, macht Gabi Rottmann-Heidenreich, Gleichstellungsbeauftragte des Landkreises, deutlich. Bereits vor zehn Jahren hatte sie dafür geworben – allerdings mit mäßigem Erfolg. Bisher haben im Landkreis Würzburg nur acht Gemeinden eine Gleichstellungsbeauftragte“. Könnte dieser mäßige Erfolg nicht vor allem an der Überflüssigkeit dieser Stelle, nicht nur in den Landkreisgemeinden, sondern auch im Landratsamt liegen? Immerhin erfolgte die Wiederbesetzung vor Jahren nicht aufgrund nachgewiesener Notwendigkeit, sondern als Preis für die Zustimmung der SPD zum damaligen Haushalt. Die Mitbetreuung dieser Stelle durch eine Mitarbeiterin im Landratsamt hatte sich in den Jahren zuvor als völlig ausreichend erwiesen. Spätestens seit Inkrafttreten des sog. Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) ist diese Stelle überflüssig. Eine Erhebung der Verwaltung hatte 2003 erbracht, dass die vorgeschriebenen Aufgaben der Gleichstellungsstelle nur 5-10% einer Vollzeitstelle in Anspruch nehmen. Bei dieser Stelle bin ich auf die zukünftige Nutzen-Kosten-Analyse nach Doppik besonders gespannt.

Um neue Schulden zu vermeiden und die Möglichkeit des Schuldenabbaus zu bewahren, werden wir Republikaner die Beibehaltung des Hebesatzes der Kreisumlage bei 46% unterstützen. Den Gesamthaushalt werden wir aus den von mir dargestellten Gründen ablehnen.

Auch wenn die Zukunftsaussichten, im Gegensatz zu einigen Vorrednern des Landkreises, nach unserer Ansicht nicht erfreulich sind, möchte ich dennoch hoffnungsvoll mit Wilhelm Busch enden:

„Wer sparsam ist, denkt an das Morgen, die Zukunft macht ihm keine Sorgen. Man kann des Lebens sich erfreuen und dennoch klug und sparsam sein“.

**Kreisrat Henneberger** nimmt für die ödp zum Haushaltsplan 2011 wie folgt Stellung:

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
sehr geehrter Herr Landrat,

dem Dank schließen wir uns voll inhaltlich an, wobei der Begriff „Kämmerei“, an die immer der Dank geht, ja eigentlich jetzt historisch ist, weil die Kameralistik im Landkreis historisch.

[Ja, ist es dann eine Dopplerei? (Einwurf Kreisrat Ländner)]

Rechnungswesen, vielleicht.

Ein wichtiger Schritt für die nachhaltige Finanzplanung ist zumindest bekannt. Sicher haben die Bilanzen auch ihre Grenzen in der Abbildung der Realität. Ganz sicher sind Bilanzen aber viel aussagekräftiger als die Kameralistik. Darüber dürfte Einigkeit herrschen oder hat von Ihnen jemand schon mal gehört, dass ein Unternehmen freiwillig die Kameralistik einführen würde, um mehr Klarheit zu haben. Die Einschränkung, die der erste Haushalt in doppischer Form bringt, sind die geringere Aussagekräftigkeit durch den fehlenden Vergleich, aber das ist bei ersten Abschlüssen immer so systembedingt. Ich freue mich schon sehr auf die bessere Analysemöglichkeit in den kommenden Jahren. Wichtig erscheint uns von der ödp, angesichts jetzt ähnlicherem Rechnungswesen, wenn in der Zukunft eine Konsolidierung der Bilanzen für den Landkreis und seine Töchter aufgestellt wird. Fakt ist, dass das KU und seine GmbHs mit dem Landkreis zusammen einen sehr einheitlichen Konzern bilden mit den Bürgerinnen und Bürgern des Landkreises als Eignern. Diese unsere „Shareholder“ haben ein Recht auf Offenlegung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Ganzen. Eine ganz wesentliche Forderung der ödp ist es, die konsequente und nachhaltige Entschuldung des Landkreises weiterzuführen. Der Trend ist hier tatsächlich positiv und es steht außer Frage, dass die ödp dazu beitragen wird, dass dies so weitergeht. Wir liegen noch immer über dem Stand von 2001 und haben doppelt soviel Schulden wie 1990. Wenn ich so in die Runde schaue, viele von Ihnen waren damals auch schon aktiv, das muss man sich immer wieder in Erinnerung rufen, bei aller positiven Entwicklung.

{Viele nicht, Herr Kollege, die wenigsten. (Einwurf Kreisrat Ländner)}.

Eins zwei viele, Herr Ländner. Nein, also es ist außer Frage, 2001 waren sehr viele hier schon da und wir haben das Niveau von damals gerade erreicht. Für mich ist die Linie 96 die Obergrenze, darunter müssen wir kommen, sonst ist es eine Schande, weil da habe ich angefangen, aber ich meine für den Landkreis ist die Null-Linie das entscheidende Ziel, das langfristig gesehen werden muss. Wir regen deshalb an, bei zukünftigen außergewöhnlichen Einnahmen immer auch Sondertilgungen ins Auge zu fassen. Solange die Landkreis-Gemeinden die Schuldzinsen des Landkreises zahlen müssen, sind freiwillige Weiterleitungen nur fragwürdige Geschenke an die Gemeinden.

KR Halbleib: Das sind doch keine Weiterleitungen, wir holen es doch von denen.

Die Landkreisschulden, ja da komm ich auf den Punkt, lieber Kollege, die Landkreisschulden sind der Beleg, dass auf lange Sicht der Landkreis den Gemeinden nicht zuviel Kreisumlage abverlangt hat, sondern exakt in Höhe der Schulden mehr Ausgaben tätigte, als er eingenommen hat. Lieber Landrat Nuß, trotz des vielen Lobes aus allen Reihen ist das Ziel noch nicht erreicht.

Beim Schuldenabbau erwarten wir mindestens ein „Weiter so“ und wünschen uns eine Steigerung. Die ödp wird dem Kreishaushaltsentwurf zustimmen.

Vielen Dank.

**Debatte:**

Nachdem die Sprecher aller im Kreistag vertretenen Gruppierungen ihre Haushaltsreden beendet haben und auch sonst keine Wortmeldungen mehr erfolgen, fasst **Landrat Nuß** die Anträge der einzelnen Fraktionen zusammen.

**Beschlussvorschlag:**

1. Antrag der Republikaner, der Landkreis Würzburg möge die weitere Zusammenarbeit mit Pro Familia beenden.
2. Antrag der UWG/FW, dass alle Erstattungen durch das MHKW an das Kommunalunternehmen weitergegeben werden, mit dem Ziel, diese ab 2014 zu einer Gebührensenkung einzusetzen.
3. Der Kreistag hat das Ziel, den ÖPNV im Landkreis Würzburg schrittweise weiter zu verbessern.  
Aus dem Kreishaushalt werden hierfür maximal Mittel bis zu 2 % der Kreisumlage bereitgestellt.  
Der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens wird beauftragt, dieses Ziel in der fünfjährigen Finanzplanung umzusetzen.
4. Antrag der SPD, einen Zuschuss für die Bahnhofsmission und Wärmestube von 10.000,00 Euro bereitzustellen. Zur Finanzierung werden von den freiwilligen Leistungen für die Obstbaumkartierung und ILEC je 5.000,00 Euro weniger angesetzt.

**Beschluss:**

Der Landkreis Würzburg möge die weitere Zusammenarbeit mit Pro Familia beenden.

**Abstimmergebnis: 2 Stimmen Ja, 63 Nein  
Damit ist der Antrag abgelehnt.**

**Beschluss-Nr. : KT/2011.03.14/Ö-1 a**

Zur weiteren Verwendung: GB 3, FB 31 a

Zur Kenntnis an:

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

**Beschluss:**

Alle Erstattungen durch das MHKW sollen an das Kommunalunternehmen weitergegeben werden, mit dem Ziel, diese ab 2014 zu einer Gebührensenkung einzusetzen.

**Abstimmergebnis: 17 Stimmen Ja, 48 nein  
Damit ist der Antrag abgelehnt.**

**Beschluss-Nr. : KT/2011.03.14/Ö-1 b**

Zur weiteren Verwendung: ZB, ZFB 2, KU

Zur Kenntnis an:

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

**Beschluss:**

Der Kreistag hat das Ziel, den ÖPNV im Landkreis Würzburg schrittweise weiter zu verbessern.

Aus dem Kreishaushalt werden hierfür maximal Mittel bis zu 2 % der Kreisumlage bereitgestellt.

Der Verwaltungsrat des Kommunalunternehmens wird beauftragt, dieses Ziel in der fünfjährigen Finanzplanung umzusetzen.

**Abstimmergebnis: einstimmig**

**Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-1 c**

Zur weiteren Verwendung: ZFB 2, KU

Zur Kenntnis an: KrPA

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

**Beschluss:**

Bereitstellung eines Zuschusses für die Bahnhofsmission und Wärmestube von 10.000,00 Euro.

Zur Finanzierung werden von den freiwilligen Leistungen für die Obstbaumkartierung und ILEC je 5.000,00 Euro weniger angesetzt.

**Abstimmergebnis: einstimmig.**

**Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-1 d**

Zur weiteren Verwendung: ZFB 2, S1, FB 23

Zur Kenntnis an: KrPA

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>14.03.2011</b>	<b>Vorlage: ZFB 2/007/2011</b>
		<b>TOP 1.1</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Haushaltssatzung des Landkreises Würzburg mit Haushaltsplan und Stellenplan**

**Sachverhalt:**

Der Entwurf des Haushalts 2011 (Stand 07.01.2011) wurde allen Mitgliedern des Kreistages zusammen mit einer gesonderten Heftung verschiedener, versehentlich nicht ausgedruckter, Teilhaushalte übersandt. Daneben erhielten alle Mitglieder des Kreistages eine Produktkontenübersicht als pdf-Datei per e-mail.

Der vorliegende Entwurf wurde erstmals nach den Vorschriften der KommHV-Doppik aufgestellt. Seit dem 1.1.2011 wird im Landkreis, wie vom Kreistag beschlossen, doppisch gebucht.

Gegenüber diesem Entwurf wurden noch folgende Änderungen vorgenommen:

**Örtliche Beteiligung für den Verwaltungsneubau an der Main-Klinik Ochsenfurt**

Produktkonto 41101000.017200

Für den Verwaltungsneubau der Mainklinik erhält die Main-Klinik Ochsenfurt gGmbH eine Staatliche Förderung von 1.400.000 € in den Jahren 2010 und 2011. Im Förderbescheid vom 14.02.2011 wurde eine örtliche Beteiligung nach Art. 10 b FAG in Höhe von 10% der förderfähigen Kosten nach Art. 11 BayKrG festgesetzt. Die örtliche Beteiligung von 183.900 € ist vom Landkreis Würzburg zu leisten. Dieser Betrag wurde im Verhältnis des erwarteten Eingangs der Fördermittel mit 13.150 € im Jahr 2011 und 170.750 € im Jahr 2012 eingeplant.

**Ausbau der Kreisstraße Wü 4 bei Erbshausen**

Produkt 54221104

Bei einer nochmaligen Prüfung der Ansätze wurde festgestellt, dass die Maßnahme versehentlich statt im Jahr 2012 bereits im laufenden Haushaltsjahr veranschlagt wurde. Dies wurde berichtigt.

**Einrichtung einer Dauerausstellung im Landratsamt Würzburg**

Produkt 11171001

Im Kreisausschuss am 12.11.2010 wurde das Konzept der geplanten Dauerausstellung im Amtsgebäude vorgestellt. Ein Beschluss hierzu wurde damals nicht gefasst, sondern sollte nach Vorstellung der detaillierten Planung in der Sitzung des Kreisausschusses am 21.02.2011 erfolgen. Diese Vorstellung ist jedoch aus Termingründen erst in der Sitzung am 11.04.2010 möglich. In den Haushalt wurden deshalb vorsorglich ein Ansatz von 100.000 € aufgenommen. Dieser war in der Sitzung am

12.11.2010 in Redebeiträgen von Mitgliedern verschiedener Fraktionen als angemessen bezeichnet worden. Der Ansatz teilt sich auf die Konten 082900 mit 65.000 € für die Anschaffung der Materialien und 527199 mit 35.000 € für die erforderlichen Dienstleistungen auf.

### **Servicestelle Ehrenamt**

Produktkonto 11112120.527199

Im Ausschuss für Sport, Kultur und Ehrenamt am 04.10.2010 wurde beschlossen, für die Einführung der Ehrenamtcard einen Ansatz von 50.000 € in den Haushalt aufzunehmen. Dies ist versehentlich unterblieben und wurde jetzt zusammen mit den anderen Änderungen nachgeholt.

### **Offene Ganztagsklassen an der Realschule Ochsenfurt**

Produkt 21511001

Es ist vorgesehen an der Realschule Ochsenfurt zwei offene Ganztagsklassen einzuführen. Sofern dies genehmigt wird fallen hierfür 10.000 € Personalkostenzuschuss (Konto 545100) und 1.500 € Sachaufwand (Konto 527137) jährlich an. Im ersten Jahr wird darüber hinaus mit einem Aufwand für Grundbeschaffungen von zusätzlichen 1.000 € gerechnet.

Diese Kosten wurden vorsorglich aufgenommen.

### **Jugendsozialarbeit an Grundschulen**

Produktkonto 36311001.533120

Wegen des Beschlusses des Kreisausschusses vom 21.02.2011 wurde der Ansatz um 8.000 € erhöht, weil damit gerechnet wird, dass neben den eingeplanten Zuschüssen für die Schulen in Ochsenfurt und Giebelstadt auch für die Schule in Bergtheim ein Zuschuss zu leisten sein wird.

Gebundene Ganztagsklasse am Deutschhaus-Gymnasium Würzburg

Produktkonto 21711001.545100

Der Kreisausschuss hat am 21.02.2011 der Einführung einer gebundenen Ganztagsklasse am DHG zugestimmt. Hierfür fällt ein Personalkostenzuschuss von 5.000 € an, welcher entsprechend eingeplant wurde.

Die beschriebenen Änderungen wurden in den Haushalt eingearbeitet. Die sich daraus ergebenden Folgen für Ergebnishaushalt, Finanzhaushalt und Kreisumlage können den Anlagen entnommen werden.

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes weist in der Ergebnisrechnung sowohl im aktuellen Jahr als auch in den Finanzplanungsjahren einen Überschuss aus und entspricht somit den haushaltsrechtlichen Vorschriften. Nachdem die Eröffnungsbilanz noch nicht vorliegt und auch die Vermögensbewertung noch nicht vollständig abgeschlossen ist, wurden der Aufwand für Abschreibungen und die Erträge für die Auflösung der Sonderposten aus Zuwendungen, mit denen die zuwendungsfinanzierten Teile der Abschreibungen neutralisiert werden, geschätzt. Aufwand für die Zuführung zu Rückstellungen wurde noch nicht eingeplant. Zwar werden Rückstellungen für Beamtenversorgung, Altersteilzeit, nicht genommener Urlaub und für die vorhandenen Stunden der Zeitkonten in nicht unerheblicher Höhe erwartet. Diese werden allerdings zuerst als Position der Eröffnungsbilanz eingebucht, so dass im laufenden Haushalt nur die erwarteten Veränderungen einzuplanen sind, die dann das Ergebnis

des Ergebnishaushalts beeinflussen. Wegen fehlender belastbarer Zahlen und wegen der bereits bestehenden Unsicherheit bei den Abschreibungen wurde auf eine Veranschlagung verzichtet. Darüber hinaus wirken sich die Veränderungen der Rückstellungen nicht auf die Liquidität des Landkreises aus.

Nach dem derzeitigen Stand kann die Liquidität des Landkreises auch im Finanzplanungszeitraum im Wesentlichen ohne Aufnahme von Fremdmitteln sichergestellt werden. Lediglich im Jahr 2014 musste eine Darlehensaufnahme von 1.000.000 € eingeplant werden. Die entsprechenden Werte, auch für den Finanzplanungszeitraum, können der Finanzrechnung entnommen werden. Hierbei wurden die vorhandenen Kassenmittel als Anfangsbestand der liquiden Mittel angesetzt. Darin enthalten sind sowohl die bisher feststehende kamerale Rücklage zum 31.12.2009, als auch der erwartete Überschuss des Haushaltsjahres 2010. Dieser beinhaltet auch die Haushaltsverbesserungen aus der Auflösung aller bisher gebildeten Haushaltsausgabereste zum 31.12.2010.

Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass der Hebesatz der Kreisumlage während des Finanzplanungszeitraums unverändert bei 46,0 v.H. belassen wird. Dies ist erforderlich um die beschlossenen und begonnenen Investitionen, vor allem im Bildungsbereich, finanzieren zu können und den diesjährigen Anstieg des Hebesatzes der Bezirksumlage um 2,4 v.H. abfangen zu können. Die in Aussicht gestellte Erhöhung der Bundesbeteiligung an den Grundsicherungsleistungen für Senioren und jüngere Erwerbsunfähige wurde noch nicht eingeplant. Sofern diese tatsächlich eintritt, bestünde Spielraum beim Kreisumlagehebesatz.

Im Entwurf enthalten sind alle bisher beschlossenen Investitionen (Straßenbau, Sanierung der Realschule Ochsenfurt, einschließlich Sportanlagen, Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen u.a.). Darüber hinaus wurden vorsorglich Aufwendungen für den Erhalt der Dienststelle Ochsenfurt, sowie die derzeit bekannten Kosten für die Realisierung des „Sparkassenprojekts“, einschließlich der Einnahmen für den Verkauf des Gebäudes Friesstraße 5 eingeplant. Die gleichzeitig eingeplanten Kosten für den Umbau des Gebäudes Friesstraße wurden hierbei gegengerechnet. Die einzelnen Investitionsmaßnahmen können dem Teilfinanzplan Teil B entnommen werden. Die bisherige Anlage 7 würde dadurch zwar entbehrlich werden, wird wünschgemäß jedoch noch nachgereicht. Wegen des bestehenden Sanierungsbedarfs an den Förderschulen wird davon ausgegangen, dass die erforderlichen Maßnahmen nach Abschluss der Arbeiten an der Realschule Ochsenfurt in Angriff genommen werden. Im Finanzplan wurde deshalb hierfür vorsorglich ein Ansatz vorgesehen. Nachdem alle bisher veranschlagten und bis zum 31.12.2010 nicht abgeflossenen Haushaltsmittel der laufenden Baumaßnahmen neu veranschlagt werden mussten, sind die meisten Ansätze gegenüber dem vom Bauausschuss beschlossenen Mittelbedarf für 2011 erhöht.

Die schon im Haushalt 2010 vorhandenen Ausgaben für die Verbesserung der kommunalen Infrastruktur des Landkreises und seiner Gemeinden wurden weitergeführt.

Daneben wurde die erwartete Zinszahlung des Zweckverbandes Abfallbeseitigung Raum Würzburg als Ertrag veranschlagt, nachdem eine Weiterleitung an das Kommunalunternehmen in der bisherigen Form nicht mehr erwartet wird.

Außerdem wurden auch in diesem Jahr alle von den einzelnen Fachausschüssen beschlossenen Haushaltsanmeldungen übernommen.

Nachdem sich die allgemeine wirtschaftliche Lage und damit auch die finanzielle Situation der Gemeinden des Landkreises Würzburg zum Ende des Jahres 2010 besser dargestellt hat, als es prognostiziert war, wurde die Finanzplanung an diesem Umstand angepasst. Sofern es zu keiner wesentlichen Verschlechterung der staatlichen Leistungen kommen wird, ist davon auszugehen, dass die anstehenden Investitionen ohne Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes und ohne Nettoneuverschuldung finanziert werden können. Im Sinne einer auch für die Gemeinden langfristig planbaren Entwicklung der Kreisumlage, sollte deshalb der Hebesatz 2011 unverändert belassen werden.

**Beschlussvorschlag:**

Die Haushaltssatzung des Landkreises Würzburg mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 wird in der im Entwurf vorliegenden Fassung einschließlich der im Betreff beschriebenen Änderungen beschlossen.

Alle in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen zu einzelnen Haushaltsstellen sowie zu vorliegenden Zuschussanträgen sind in die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan einzuarbeiten

**Beschluss:**

Die Haushaltssatzung des Landkreises Würzburg mit Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 wird in der im Entwurf vorliegenden Fassung einschließlich der im Betreff beschriebenen Änderungen beschlossen.

Alle in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen zu einzelnen Haushaltsstellen sowie zu vorliegenden Zuschussanträgen sind in die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan einzuarbeiten

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja: 63 Nein: 2

Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-1.1

Zur weiteren Veranlassung an ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an KrPA

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>14.03.2011</b>	<b>Vorlage: ZFB 2/008/2011</b>
		<b>TOP 2</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Finanzplan mit Investitionsprogramm für die Jahre 2010 - 2014**

**Sachverhalt:**

Der Finanzplan mit den letzten eingearbeiteten Änderungen ist aus den übersandten Neufassungen des Ergebnis- bzw. Finanzhaushaltes in den Spalten Planung 2012 bis Planung 2014 ersichtlich. Das dazugehörige Investitionsprogramm wurde allen Kreistagsmitgliedern gesonderte pdf-Datei zugesandt.

Die Abschlusszahlen des Finanzplans stellen sich vorläufig wie folgt dar (in 1.000 Euro):

Haushaltsjahr	Ergebnis- haushalt	Finanz- haushalt	Kredit- aufnahmen
2010:	6.124.931	-4.971.619	0
2011:	281.466	-15.773.034	0
2012:	388.517	-5.524.883	0
2013:	19.817	-2.297.883	0
2014:	108.617	-324.433	1.000

Der Ergebnishaushalt weist in allen Finanzplanungsjahren einen leichten Überschuss aus. Die negativen Salden des Finanzhaushaltes können bis zum Jahr 2013 mit den vorhandenen liquiden Mitteln ausgeglichen werden. Erst im Jahr 2014 ist eine Kreditaufnahme von 1 Mio. € eingeplant. Insgesamt wurden bei den Planungen die absehbare Erholung der wirtschaftlichen Lage der Gemeinden und die damit verbundenen Auswirkungen auf die Umlagekraft berücksichtigt.

Die zum Beginn des Jahres 2011 angesammelten liquiden Mittel in erheblichem Umfang ermöglichen eine Finanzierung der beschlossenen und eingeplanten erheblichen Investitionen während des Finanzplanungszeitraumes ohne Netto-Neuverschuldung. Insgesamt wird eine Reduzierung des Schuldenstandes von jetzt 32,3 Mio. € auf voraussichtlich 26,5 Mio. € erwartet. Voraussetzung hierfür ist jedoch ein konstanter Hebesatz der Kreisumlage und eine überschaubare Entwicklung des Hebesatzes der Bezirksumlage. Spielräume beim Hebesatz der Kreisumlage bestehen nur dann, wenn Haushaltsverbesserungen erzielt werden können, die jetzt noch nicht einplanbar sind. Dies könnten neben der diskutierten verbesserten Beteiligung des Bundes an den Grundsicherungsleistungen für Senioren und jüngere Erwerbsunfähige über das normale Maß hinausgehende Umlagekraftsteigerungen einzelner Gemeinden sein.

Um im Sinne einer Generationengerechtigkeit das Ziel des Schuldenabbaus nicht zu gefährden ist eine konsequente Haushaltsdisziplin auch weiterhin unerlässlich.

**Debatte:**

Zum Tagesordnungspunkt 2 – Finanzplan – gibt es eine persönliche Wortmeldung von Herrn Kreisrat Rüger.

**Kreisrat Rüger** erläutert kurz, dass die Wolfskeel-Realschule energetisch saniert wird. Die Kosten von 3,2 Mio. Euro stammen aus dem Konjunkturpaket. Die Schwimmhalle in der Gustav-Walle-Schule, die von der Schule mangels eigenem Schwimmbades mitbenutzt wird, ist leider hier nicht einbezogen; müsste aber ebenfalls dringend saniert werden, da sonst die Schließung droht. Das bedeutet, dass der gesamte Schwimmunterricht wegfällt. Er kommt da auf ca. 40 Stunden pro Woche, die wegfallen würden. Es wird eine zusätzliche Turnhalle oder ein Platz benötigt, wo sich die Kinder bewegen können. Daher seine Bitte an Herrn Landrat Nuß und die Kolleginnen und Kollegen des Kreistages darüber nachzudenken, ob man nicht der Gustav-Walle-Schule ein bisschen unter die Arme greifen könne. Es hat mit dem Landkreis zwar nichts zu tun, da es sich hier um eine städtische Angelegenheit handelt, er bittet jedoch trotzdem darüber mal nachzudenken.

**Landrat Nuß** teilt hierzu mit, dass die Stadt Träger ist und die Sanierung der Wolfskeel-Schule im Rahmen des KP2 läuft. Der Anteil des Landkreises von ca. 100.000,00 Euro sei im Haushaltplan enthalten. Da sei man in der Pflicht, die Situation an der Gustav-Walle-Schule sei eine andere.

Im Anschluss daran lässt Herr Landrat Nuß über den Finanzplan der Jahre 2010 bis 2014 abstimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Finanzplan der Jahre 2010 – 2014 (Stand 24.02.2011) wird vom Kreistag in der vorliegenden Fassung und den vorstehend genannten Abschlusszahlen angenommen.

Die Zustimmung umfasst auch die vom Kreistag in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen und deren Auswirkungen auf den Finanzplan.

**Beschluss:**

Der Finanzplan der Jahre 2010 – 2014 (Stand 24.02.2011) wird vom Kreistag in der vorliegenden Fassung und den vorstehend genannten Abschlusszahlen angenommen.

Die Zustimmung umfasst auch die vom Kreistag in dieser Sitzung beschlossenen Änderungen und deren Auswirkungen auf den Finanzplan.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-2

Zur weiteren Veranlassung an ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an KrPA

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>14.03.2011</b>	<b>Vorlage: KU/001/2011</b>
		<b>TOP 3</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Main-Klinik MVZ - Umwandlung in eine gemeinnützige GmbH**

**Sachverhalt:**

Der Abschlussprüfer des Kommunalunternehmens, die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner hat angeregt, die Main-Klinik MVZ GmbH in eine gemeinnützige GmbH umzuwandeln.

Der Vorstand greift diese Anregung gerne auf. Zum einen schaffen wir dadurch eine starke Bindung des Gesellschaftsvermögens und etwaiger Gewinne an den Zweck der medizinischen Versorgung. Zum anderen dokumentieren wir auch nach außen, dass es der GmbH nicht um Gewinnerzielung, sondern um optimale Patientenversorgung und Sicherung des Klinikstandorts geht.

Die Satzung wird in § 2 geändert und um § 2a ergänzt.

Der Verwaltungsrat und der Aufsichtsrat der Main-Klinik wurden mit Schreiben vom 25.1.2011 über diese Absicht informiert. Angesichts der unseres Erachtens unproblematischen Änderung haben wir vorgeschlagen, den Kreistag in seiner nächsten Sitzung mit der Angelegenheit zu befassen und anschließend für den notwendigen Beschluss im Verwaltungsrat ein Umlaufverfahren durchführen. Gegen diese Verfahren wurden keine Bedenken geäußert.

Die Satzungsänderung wurde mit der Regierung von Unterfranken, dem Finanzamt Würzburg, dem Notariat und dem Abschlussprüfer abgestimmt.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Main-Klinik MVZ GmbH zu.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Main-Klinik MVZ GmbH zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-3

Zur weiteren Veranlassung an KU, ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>14.03.2011</b>	<b>Vorlage: ZFB 2/004/2011</b>
		<b>TOP 4</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Darlehen des Landkreises an verschiedene Gemeinden zur Finanzierung des Grunderwerbs für den Gaubahnradweg**

**Sachverhalt:**

Zur Vorfinanzierung des Grunderwerbs für den Gaubahnradweg war der Landrat mit Beschluss des Kreistages vom 31.1.1994 ermächtigt worden, Darlehen zinslos an finanzschwache Gemeinden auszureichen.

Dieser Beschluss wurde durch die Vergabe folgender Darlehen umgesetzt:

Stadt Aub:	46.048,50 DM	(23.544,22 €)
Gemeinde Bieberehren:	31.500,00 DM	(16.105,69 €)
Markt Gelchsheim:	21.800,00 DM	(11.146,16 €)
Gemeinde Sonderhofen:	19.150,00 DM	(9.791,24 €)

Mit allen Gemeinden wurden gleichlautende Darlehensvereinbarungen abgeschlossen. Danach sind die Darlehen zinslos, eine Tilgung ist nicht vereinbart. Weiterhin verpflichtet sich der Landkreis die Darlehen solange nicht zu kündigen, wie keine nachhaltige Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden eintritt. Eine Überprüfung soll alle 5 Jahre stattfinden.

Bei den bisherigen Prüfungen wurde eine Verbesserung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Gemeinden durch die Kommunalaufsicht stets verneint.

Zum Ergebnis der letzten Prüfung teilt die Kommunalaufsicht (Fachbereich 11) mit, dass die finanziellen Verhältnisse der Stadt Aub angespannt und die Verhältnisse des Marktes Gelchsheim äußerst angespannt sind. Weiterhin wird konstatiert, dass die finanzielle Leistungsfähigkeit des Marktes Gelchsheim gefährdet ist.

Die finanziellen Verhältnisse der Gemeinden Bieberehren und Sonderhofen werden als geordnet bezeichnet. Bei beiden Gemeinden ist die finanzielle Leistungsfähigkeit (prognostisch) nicht gefährdet.

Insoweit kann davon ausgegangen werden, dass sich die finanzielle Leistungsfähigkeit dieser beiden Gemeinden seit Ausreichung der Darlehen nachhaltig verbessert hat. Es wäre deshalb darüber zu entscheiden, ob die bestehenden Verträge mit diesen beiden Gemeinden gekündigt werden, und die Gemeinden zur Rückzahlung der Darlehen aufgefordert werden.

Auch wenn die finanziellen Verhältnisse dieser Gemeinden geordnet sind, handelt es sich bekanntermaßen um finanzschwache Gemeinden, deren finanzielle Handlungsfreiheit durch die Rückzahlung der Darlehen stark eingeschränkt würde. Aus diesem Grunde sollte auch hier von einer Kündigung abgesehen werden.

Darüber hinaus ist es mittelfristig nicht zu erwarten, dass sich die finanziellen Möglichkeiten der betroffenen Gemeinden derart so zum Besseren wenden werden, dass eine Rückzahlung der Darlehen erwartet werden kann. Es wird deshalb vorgeschlagen die Darlehensverträge dahingehend zu ändern, dass auf eine Rückzahlung der Darlehen verzichtet wird.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 21.02.2011 dem Kreistag empfohlen, der Anpassung der Darlehensverträge zuzustimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Er stimmt der Änderung der Darlehensverträge dahingehend zu, dass auf eine Rückzahlung verzichtet wird.

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis. Er stimmt der Änderung der Darlehensverträge dahingehend zu, dass auf eine Rückzahlung verzichtet wird.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-4

Zur weiteren Veranlassung an ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an KrPA

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>14.03.2011</b>	<b>Vorlage: FB 31a/002/2011</b>
		<b>TOP 5</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Jugendhilfeplanung Teilplan Beratungsstellen  
Vorberatung für den Kreistag**

**Sachverhalt:**

Der Landkreis Würzburg, als örtlicher Träger der Jugendhilfe, trägt entsprechend § 79 Abs. 1 SGB VIII die Gesamtverantwortung für die Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe und hat in diesem Zusammenhang die Planungsverantwortung, geregelt im § 80 SGB VIII. Zu diesem Zweck hat der Jugendhilfeausschuss einen Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit dem Aufgabenbereich beauftragt.

Mit Beschluss im Jugendhilfeausschuss am 10.12.2009 wurde der Unterausschuss Jugendhilfeplanung mit der Erarbeitung des Teilplanes „Beratungsangebote und Beratungsstellen“ beauftragt. Die Ergebnisse wurden am 27.10.2010 im Unterausschuss Jugendhilfeplanung und im Anschluss in der Jugendhilfeausschusssitzung vom 29.11.2010 beraten und dem Kreistag zur Beschlussfassung empfohlen.

**Zusammenfassung der Maßnahmenempfehlungen des Jugendhilfeausschusses** (siehe Anlage):

1. Ausbau der Außenstelle Giebelstadt (Punkt 5.4.1.)

- Neben den bestehenden Außenstellen in Ochsenfurt und Giebelstadt sollen keine weiteren Außenstellen im Landkreis eingerichtet werden (siehe 5.1.)
- Ausbau der bestehenden psychotherapeutischen Beratungsstelle Außenstelle Giebelstadt (Träger Sozialdienst katholischer Frauen SkF) im Umfang eines weiteren Öffnungstages mit dem inhaltlichen Schwerpunkt der aufsuchenden Beratung (siehe 5.4.1. und 5.2.); Kostenkalkulation: 16.000 € kommunale Förderung
- Im Gesamtzuschuss des Landkreises an die Beratungsstelle SkF sind anteilig Mittel für die Beratung mit dem Schwerpunkt seelische behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35-a SGB VIII beinhaltet. Es ist zu prüfen, ob der Bedarf im bisher veranschlagten Umfang noch zutreffend ist. Dies hat Auswirkungen auf den Gesamtzuschussbedarf an den SkF (siehe 5.3.).
- Das Jugendamt wird beauftragt, mit dem Träger den aktuellen Finanzierungsbedarf hinsichtlich Ausweitung Außenstelle Giebelstadt und Reduzierung bei den Beratungen nach § 35 a zu verhandeln.

2. Beratungsangebot Kinder psychisch erkrankter Eltern (Punkt 5.4.2.)

Grundsätzlich besteht mit dem Vorschlag einer Förderung des Beratungsangebotes für Familien mit psychisch kranken Elternteilen Einverständnis. Der vom Träger evang. Beratungszentrum beantragte Kostenrahmen i.H.v. 24.000,-- € pro Haushaltsjahr (anteilig 8.000 € für 2010) muss noch verhandelt werden. Das Jugendamt wird hiermit beauftragt.

3. AWO FamilyPower (Punkt 5.4.3.)

Der Antrag des Kreisverbandes Stadt Würzburg der AWO auf Bezuschussung der Beratungsstelle FamilyPower vom 01.07.2008 ist abzulehnen, um den Weg zu einer trägerunabhängigen Abstimmung zu öffnen.

Täterarbeit ist neben der Arbeit mit den Opfern ein unbestritten wichtiges Handlungsfeld, auch für die Jugendhilfe. Die grundsätzliche Notwendigkeit der Förderung eines Beratungsangebotes muss trägerunabhängig unter Einbeziehung aller potentiellen Anbieter thematisiert werden.

Darüber hinaus ist das Thema im Sozialausschuss des Landkreises in eigener Zuständigkeit vorzulegen, um der jugendhilfeübergreifenden Sachlage gerecht zu werden.

Das Jugendamt wird beauftragt, einen Vorschlag und ein Konzept zur Umsetzung der Täterarbeit im Handlungsfeld der Jugendhilfe unter Einbeziehung der beteiligten Stellen zu erarbeiten.

**Debatte:**

**Kreisrat Halbleib, MdL**, bittet Punkt 2 des Beschlussvorschlages vorzuziehen.

Landrat Nuß zieht Punkt 2 des Beschlussvorschlages vor. Im Anschluss stellt Landrat Nuß die Punkte 1., 3. und 4. des Beschlussvorschlages gemeinsam zur Abstimmung.

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Kreistag nimmt den Teilplan „Beratungsangebote und Beratungsstellen“ sowie die hierzu ergangenen Empfehlungen des Jugendhilfeausschusses zustimmend zur Kenntnis.

2. Die Anträge des AWO Kreisverband Würzburg-Stadt e.V. auf Bezuschussung der Beratungsstelle AWO FamilyPower werden abgelehnt.

3. Mit der Förderung des Beratungsangebotes für Familien mit psychisch kranken Elternteilen „Gute Zeiten – schlechte Zeiten“ besteht grundsätzlich Einverständnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Rahmenbedingungen noch konkret mit dem Träger auszuhandeln und das Ergebnis dem Kreistag zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Im Haushalt 2011 werden hierfür vorsorglich Mittel i.H.v. 8.000 € eingestellt.

4. Mit dem vorgeschlagenen Ausbau der bestehenden psychotherapeutischen Beratungsstelle - Außenstelle Giebelstadt - besteht, vorbehaltlich einer noch zu erzielenden vertraglichen Einigung mit dem Träger, Einverständnis. Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Vertragsverhandlungen zu führen und das Ergebnis dem Kreistag zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Im Haushalt 2011 werden hierfür vorsorglich Mittel i.H.v. 16.000 € eingestellt

**Beschluss:**

Die Anträge des AWO Kreisverband Würzburg-Stadt e.v. auf Bezuschussung der Beratungsstelle AWO FamilyPower werden abgelehnt.

**Ergebnis: 52 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen**

**Somit sind die Anträge abgelehnt.**

**Beschluss-Nr. KT/2011.03.14/Ö-5 a**

Zur weiteren Veranlassung an: GB 3, FB 31 a

Zur Kenntnis an:

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

**Beschluss:**

Der Kreistag nimmt den Teilplan „Beratungsangebote und Beratungsstellen“ sowie die hierzu ergangenen Empfehlungen des Jugendhilfeausschusses zustimmend zur Kenntnis.

**Ergebnis: einstimmig**

**Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-5 b**

Zur weiteren Veranlassung an: GB 3, FB 31 a

Zur Kenntnis an:

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

**Beschluss:**

Mit der Förderung des Beratungsangebotes für Familien mit psychisch kranken Elternteilen „Gute Zeiten – schlechte Zeiten“ besteht grundsätzlich Einverständnis. Die Verwaltung wird beauftragt, die finanziellen Rahmenbedingungen noch konkret mit dem Träger auszuhandeln und das Ergebnis dem Kreistag zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Im Haushalt 2011 werden hierfür vorsorglich Mittel i.H.v. 8.000 € eingestellt.

**Ergebnis: einstimmig**

**Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-5 c**

Zur weiteren Veranlassung an: ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an: FB 31 a

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

**Beschluss:**

Mit dem vorgeschlagenen Ausbau der bestehenden psychotherapeutischen Beratungsstelle - Außenstelle Giebelstadt - besteht, vorbehaltlich einer noch zu erzielenden vertraglichen Einigung mit dem Träger, Einverständnis. Die Verwaltung wird beauftragt die notwendigen Vertragsverhandlungen zu führen und das Ergebnis dem Kreistag zur endgültigen Beschlussfassung vorzulegen. Im Haushalt 2011 werden hierfür vorsorglich Mittel i.H.v. 16.000 € eingestellt

**Ergebnis: einstimmig**

**Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-5 d**

Zur weiteren Veranlassung an: ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an: FB 31 a

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>14.03.2011</b>	<b>Vorlage: FB 23/001/2011/1</b>
		<b>TOP 6</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Historische Weinbergs- und Streuobstlagen im mainfränkischen Muschelkalk**

**Sachverhalt:**

Das Bayer. Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit (StMUG) hat das o.g. Lifeprojekt beantragt, welches als Trockenverbundprojekt die Landkreise Bad Kissingen, Main-Spessart und Würzburg betreffen soll. Der Umgriff wird sich ausschließlich auf NATURA-2000-Projekte beziehen und im Landkreis Würzburg die Gemarkungen Thüngersheim, Veitshöchheim, Randersacker, Winterhausen, Sommerhausen und Ochsenfurt betreffen. Die Laufzeit ist auf fünf Jahre angelegt. Das Gesamtvolumen wird 2,5 Mio Euro betragen.

Hinsichtlich der Finanzierung sind folgende Quoten vorgesehen:

EU	50 % = 1.250.000 Euro
StMUG	15 % = 375.000 Euro
Naturschutzfonds	20 % = 500.000 Euro
Landkreise	15 % = 375.000 Euro

Auf den Landkreis Würzburg entfallen mithin 125.000 Euro, jährlich also 25.000 Euro, beginnend ab 2012.

Die Vorteile für die Region sind, dass es sich um ein Projekt mit europäischer Bedeutung handelt, das eine gute Öffentlichkeitswirkung hat und den Geldfluss in die Region fördert. Vom Lehrstuhl für Geografie und Regionalforschung der Universität Würzburg, Prof. Dr. Job, gibt es Untersuchungen, u.a. zu anderen Lifeprojekten, wie z.B. zum Biosphärenreservat Rhön. Diese Untersuchungen belegen, dass die wirtschaftliche Bedeutung des Tourismus durch das Lifeprojekt bzw. das Biosphärenreservat in erheblichem Umfang steigt.

In einem ersten Schritt werden zunächst die Problembereiche unter Berücksichtigung möglicher Strukturen und Maßnahmegebiete identifiziert. Zielsetzung des Projektes ist der Erhalt und die Entwicklung von Begleitstrukturen historischer Weinbergsanlagen.

Maßnahmenvorschläge sind deshalb:

- Wiederherstellung und Pflege von NATURA-2000-Lebensraumtypen
- Großflächige Entbuschungen
- Pflege der Offenlandstandorte
- Schutz vor Nährstoffeinträgen
- Streuobstpflge und –vermarktung
- Sanierung von Trockenmauern
- Besucherlenkung

Die beteiligten Landräte der anderen Landkreise Main-Spessart und Bad Kissingen unterstützen das Projekt.

Ein Vertreter der Regierung von Unterfranken hat im Rahmen der Sitzung des Kreis Ausschusses verschiedene Einzelheiten erläutert. Der Kreis Ausschuss hat in seiner Sitzung vom 14.02.2011 dem Kreistag empfohlen, das Life-Projekt zu unterstützen und die Verwaltung beauftragt, abzuklären, inwieweit auf den Landkreis Eigentumsanteile übertragen werden, die eine spätere Verkehrssicherungspflicht erforderlich machen. Außerdem soll abgeklärt werden, in welcher Höhe nach Ablauf des Programms Folgekosten für den Landkreis entstehen.

Eine Überprüfung der im Kreis Ausschuss aufgeworfenen Fragen hat ergeben, dass in Einzelfällen Eigentumsanteile auf den Landkreis übertragen werden. Die gewünschten Auskünfte über mögliche damit einhergehende Folgekosten können nicht beziffert werden, da diese Maßnahmen zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht feststehen.

**Debatte:**

Landrat Nuß teilt mit, dass bereits ausführlich im Kreis Ausschuss darüber informiert wurde. Es folgt keine Wortmeldung.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag beschließt, das Lifeprojekt zu unterstützen und einen Eigenanteil von 15 % der Gesamtkosten in Höhe von maximal 125.000 Euro, verteilt auf fünf Jahre beginnend ab 2012, bereitzustellen.

**Beschluss:**

Der Kreistag beschließt, das Lifeprojekt zu unterstützen und einen Eigenanteil von 15 % der Gesamtkosten in Höhe von maximal 125.000 Euro, verteilt auf fünf Jahre beginnend ab 2012, bereitzustellen.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-6

Zur weiteren Veranlassung an ZFB 2, FB 23

Zur Kenntnis an

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>14.03.2011</b>	<b>Vorlage: GB 2/002/2011</b>
		<b>TOP 7</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Raumordnungsverfahren zum Neubau der B 26n**

**Sachverhalt:**

Die Bundesrepublik Deutschland, Bundesstraßenverwaltung, vertreten durch das Staatliche Bauamt Würzburg, Bereich Straßenbauverwaltung, plant den Neubau der Bundesstraße B 26n westlich des Autobahndreiecks (AD) Würzburg-West - Karlstadt - Autobahnkreuz (AK) Schweinfurt-Werneck. Die Regierung von Unterfranken hat hierzu das Raumordnungsverfahren gemäß § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) i.V.m. Art. 21 und 22 Bayerisches Landesplanungsgesetz (BayLPIG) eingeleitet. Der Landkreis Würzburg erhielt unter Übersendung der Verfahrensunterlagen die Möglichkeit, bis 15.04.2011 Stellung zu nehmen.

Der Kreisausschuss und der Kreistag des Landkreises Würzburg haben sich seit Bekanntwerden dieses Projekts im Jahr 1997 mehrfach mit dieser Planung befasst. In den Sitzungen am 07.07.1997, 16.10.2000, 11.06.2001, 23.07.2001, 13.10.2003, 20.03.2009, 08.05.2009 und 10.12.2009 wurde jeweils weit überwiegend mehrheitlich beschlossen, diese Straßenbaumaßnahme zumindest im Bereich des Landkreises Würzburg abzulehnen.

Gegenstand des jetzigen Raumordnungsverfahrens ist der gleiche für die neue Bundesstraße vorgesehene Korridor wie der, der in der Vergangenheit Gegenstand der Machbarkeitsstudie gewesen ist. Insofern gibt es in Bezug auf den Landkreis Würzburg keinen anderen als den bisher bekannten Planungsstand. Der Landkreis Würzburg erhebt weiterhin Einwendungen gegen die geplante B 26n, zumindest soweit sie die „Nord-Süd-Achse“ von Karlstadt durch den Landkreis Würzburg bis zur Anschlussstelle des Autobahndreiecks Würzburg-West bei Helmstadt betrifft.

Die durch den Landkreis Würzburg innerhalb des vorgesehenen Korridors geplante Trassenführung führt zu massiven Eingriffen in Natur und Landschaft, die auch durch Kompensationsmaßnahmen nicht ausgeglichen werden können. Darüber hinaus werden die an den Korridor angrenzenden kreisangehörigen Gemeinden massiv in ihrer baulichen Entwicklung beeinträchtigt, zumal aus Lärmschutzgründen zusätzlich Mindestabstände zur künftigen Trasse einzuhalten sind.

Besonderer Bedeutung ist jedoch der Tatsache zuzumessen, dass sich die bei Beginn der Planung für die Westumgehung zugrunde gelegten massiven Verkehrszuwächse nicht bestätigt haben. Die heutigen Prognosen gehen von einer deutlich geringeren Zunahme des Verkehrs aus, als dies vor rd. 20 Jahren prognostiziert und befürchtet worden ist.

Viel sinnvoller ist es daher für den Landkreis Würzburg, zum einen parallel zu dem derzeit stattfindenden Ausbau der A 3 auch die Autobahn A 7 auszubauen und darüber hinaus endlich die dringend notwendigen Ortsumgehungen der B 19 im Bereich der Gemeinden Unterepleichfeld, Bergtheim und Opferbaum zu realisieren. Diese Baumaßnahmen werden die B 26n im Bereich des Landkreises Würzburg nicht nur bei Weitem kompensieren; sie werden vielmehr auch wesentlich ökologischer zu realisieren sein und darüber hinaus den Bürgern in

den genannten Gemeinden an der B 19 endlich gesunde Wohnverhältnisse in den derzeit völlig überlasteten Ortsdurchfahrten verschaffen.

**Debatte:**

**Beschlussvorschlag:**

Der Landkreis Würzburg lehnt den Bau der B 26n, zumindest hinsichtlich des Teilstückes zwischen Karlstadt und Würzburg, unter Bezugnahme auf die im Sachverhalt dargestellten Gründe ab.

**Beschluss:**

Der Landkreis Würzburg lehnt den Bau der B 26n, zumindest hinsichtlich des Teilstückes zwischen Karlstadt und Würzburg, unter Bezugnahme auf die im Sachverhalt dargestellten Gründe ab.

Ergebnis: mehrheitlich beschlossen

Ja: 58 Nein: 7

Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-7

Zur weiteren Veranlassung an GB 2, ZB, ZFB 2

Zur Kenntnis an FB 23

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender

<b>Kreistag</b>	<b>Termin</b>  <b>14.03.2011</b>	<b>Vorlage: FB 31a/004/2011</b>
		<b>TOP 8</b>
		<b>öffentlich</b>

Fachbereich:

Betreff:

**Neubesetzung im Familienausschuss**

**Sachverhalt:**

Im Familienausschuss des Landkreises Würzburg sind folgende Neubesetzungen der beratenden Mitglieder vorgesehen:

Frau Angelika Vey-Rossellit vertritt den Kolpingwerk-Diözesanverband Würzburg, Vertreter ist Herr Peter Langer.

Frau Monika Müller vertritt das Diakonische Werk Würzburg, Vertretung wird zu einem späteren Zeitpunkt mitgeteilt

Der Kreistag wird gebeten die vorgenannten Änderungen zur Kenntnis zu nehmen und diesen zuzustimmen.

**Beschlussvorschlag:**

Der Kreistag stimmt den von der Verwaltung vorgetragenen Änderungen in der Besetzung des Familienausschusses zu.

**Beschluss:**

Der Kreistag stimmt den von der Verwaltung vorgetragenen Änderungen in der Besetzung des Familienausschusses zu.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.03.14/Ö-8

Zur weiteren Veranlassung an FB 31a, ZFB 1

Zur Kenntnis an S 2

Münch  
Protokollführer/in

Nuß  
Vorsitzender